

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 46 (1966-1967)
Heft: 10

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

DIE NATO IM ZEICHEN DER «ENTSPANNUNG»

Eine Woche vor Weihnachten fand in Paris die traditionelle Dezembertagung des NATO-Ministerrates statt. Stärker als in früheren Jahren stand die Session dieses Mal unter dem Eindruck, daß die Beziehungen der Allianz zur Umwelt neu geregelt werden mußten, da die Voraussetzungen, unter denen das Bündnis und die Verteidigungsorganisation seinerzeit geschaffen worden waren, heute nur noch bedingt Gültigkeit haben. Damit wurde die Frage aufgeworfen, wie die westliche Verteidigungsgemeinschaft, die 1949 zur Abwehr gegen Übergriffe des von der *Sowjetunion* geführten Ostblockes gegründet worden ist, sich heute gegenüber Moskau und seinen Satelliten zu verhalten hat und welche Schlüsse aus den Wandlungen innerhalb der sowjetischen Hegemonialzone zu ziehen seien.

De Gaulles Schatten

Die Pariser Beratungen standen im Schatten des französischen Entschlusses, die Bindungen zur NATO zu lösen. De Gaulle hat seine Distanzierung von der Nordatlantikpaktorganisation vor allem damit begründet, daß die Spannungen zwischen Ost und West heute im Verschwinden seien und die NATO damit ein wichtiges Motiv ihrer Existenz eingebüßt habe. Frankreich hat deshalb in den letzten Monaten den Versuch unternommen, diese Entwicklung durch eine *aktive Politik der «Détente»* weiter zu treiben: Außenminister *Couve de Murville* hat die meisten Länder Osteuropas besucht; Präsident de Gaulle reiste nach Moskau und Sibirien, der bulgarische Ministerpräsident *Schirkoff* weilte in Paris, und in den ersten Tagen des Dezembers erwiderte der sowjetische Ministerpräsident *Kossygin* die Visite des französischen Präsidenten vom vergangenen Sommer.

Es wäre wohl zu viel gesagt, wenn man behaupten wollte, der Ministerrat der

NATO sei in seiner Dezembertagung den von Frankreich vorgezeichneten Intentionen bereits weitgehend gefolgt. Eine *gesunde Skepsis* gegenüber den optimistischen Erwartungen des französischen Vertragspartners blieb erhalten. Aber durch alle Manifestationen des NATO-Rates zog sich deutlich der Wille zu vermehrter Kontaktnahme mit dem Osten. Im Schlußcommuniqué wird die Absicht unterstrichen, die Bemühungen um bessere Beziehungen zur Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten fortzusetzen. Zustimmend wird vermerkt, daß «in den Ost-West-Beziehungen offensichtlich verschiedene Methoden des Vorgehens sowohl zwischen einzelnen Ländern als auch in einem größeren internationalen Rahmen denkbar sind». Das ist eine kaum mehr verklausulierte Zustimmung zu der von de Gaulle gewählten Taktik der engeren Fühlungnahme mit dem Osten — ein Triumph der französischen Politik über die Tendenzen der Beharrung innerhalb der Allianz.

Neue Akzente der deutschen Außenpolitik

Wenn die Dezembersession des NATO-Ministerrates so eindeutig im Zeichen einer «Entspannungs»-Politik stand, dann ist dies nicht zuletzt der Haltung der deutschen Delegation zuzuschreiben. Sie stand zum ersten Male unter der Leitung des neuen Außenministers *Willy Brandt*, der in einer vielbeachteten Rede den Willen der Bundesrepublik demonstrierte, auch ihrerseits einen Beitrag an die Entspannungsbemühungen zu leisten. Schon in der Regierungserklärung, die Bundeskanzler *Kurt Georg Kiesinger* am 13. Dezember dem Bundestag in Bonn vorgelegt hatte, waren diese Töne angeklungen. Kiesinger hatte betont, daß die Bundesrepublik entschlossen sei, das Verhältnis mit ihren östlichen Nachbarn auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, kultu-

rellen und politischen Lebens zu verbessern. Gegenüber der Tschechoslowakei und Polen machte der Bundeskanzler entgegenkommende Gesten; ja selbst Pankow bekam etwas vom Entspannungswind zu spüren, indem Kiesinger eine Intensivierung der Kontakte zur DDR ankündigte und die Sowjetzone in die von der Regierung Erhard in ihrer «Friedensnote» vom 25. März 1966 ausgesprochenen *Gewaltverzichtserklärungen* einschloß.

Brandt hat in Paris diese Linie weiter vertieft, wobei er — um einem eventuell aufkeimenden Mißtrauen der NATO-Partner vorzubeugen — nachdrücklich beteuerte, die Bundesrepublik werde sich bei ihrem Vorgehen an den von der Allianz gegebenen Rahmen halten. Brandts vorsichtig abgewogene Ausführungen deuteten gleichzeitig aber auch die Grenzen an, die der Bundesrepublik bei jeden selbständigen Initiativen gezogen sind. Auch die neue Regierung in Bonn wünscht nicht, daß die Entspannung auf Kosten Deutschlands und der noch immer offenen Frage der Wiedervereinigung getrieben wird. Aber sowohl die Regierungserklärung Kiesingers wie Brandts Rede vor dem NATO-Ministerrat haben einige *neue Akzente* der deutschen Außenpolitik gesetzt, die darauf hindeuten, daß sich hier eine Entwicklung anzubahnen beginnt, die zu Verschiebungen im Verhältnis zwischen Ost und West führen kann.

Schwaches Echo aus dem Osten

Die demonstrativen Gesten, die der Westen in Paris machte, sind vom Osten bisher kaum in der Weise honoriert worden, wie die optimistischen Befürworter der Entspannungsoffensive es erwarteten oder hofften. Das Echo war überwiegend *negativ*, vor allem in *Moskau* und *Warschau*, wo die Entspannungseuphorie auf wenig Gegenliebe stieß. Differenzierter war die Aufnahme in *Prag*, das sich in den letzten Monaten eine freiere Stellung innerhalb des Ostblockes erkämpft hat und wo die Tendenzen zu einer Annäherung an die Bundesrepublik — dem stärksten westlichen Außenhandels-

partner der Tschechoslowakei — spürbar im Wachsen sind. Positiv schließlich war die Aufnahme des Pariser Communiqués in *Rumänien*, wo die Bereitschaft zur Pflege intensivierter Ostkontakte mit Befriedigung registriert wurde, was freilich kaum zu überraschen vermag, nachdem Rumänien selber in der Schaffung engerer Bindungen an Westeuropa bereits vorangegangen ist.

Die Reaktion des Ostblockes deutet jedenfalls an, daß die erhoffte Annäherung der beiden Blöcke noch in den ersten Anfängen steckt. Wenn die NATO heute den *Stand der Allianz* überprüft, so wird sie nicht um die Feststellung herumkommen, daß das westliche Verteidigungsbündnis auch in der gewandelten Umwelt von 1967 noch immer seine Existenzberechtigung hat. Eine Reorganisation der allianzinternen Bindungen wird nach der krisenhaften inneren Entwicklung der letzten Monate nicht zu umgehen sein. Diese Erkenntnis ist keineswegs neu; aber auch an der jüngsten Tagung des NATO-Ministerrates gab es wenig Anzeichen dafür, was für konkrete Konsequenzen die einzelnen Mitgliedstaaten daraus zu ziehen gedenken. Eine *Reform* der NATO, die nach dem Ausscheiden Frankreichs aus der Verteidigungsorganisation nötiger denn je ist, zeichnet sich nicht einmal in Umrissen ab.

Zuspitzung der Rhodesienkrise

Die Auseinandersetzung um Rhodesien ist in ein neues Stadium eingetreten. Nachdem seit der *Unabhängigkeitserklärung* des weißen Siedlerregimes unter der Führung Ian Smiths am 11. November 1965 ein loser Kontakt zwischen Salisbury und London weiter aufrechterhalten worden war, entschloß sich Premierminister *Harold Wilson*, das Problem durch einen *coup de théâtre* zu lösen. Wilson traf sich in den ersten Dezembertagen mit dem rhodesischen Regierungschef an Bord eines Kriegsschiffes im Mittelmeer und handelte mit ihm einen *Kompromißplan* aus. Das Experiment scheiterte. Das rhodesische Kabinett versagte Ian Smith die Gefolgschaft und nahm damit das Risiko einer Kraftprobe auf sich.

Großbritannien reagierte unmittelbar auf den Mißerfolg der Gespräche mit den Vertretern Rhodesiens. Außenminister *George Brown* beantragte vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in New York die Verhängung obligatorischer, selektiver *Sanktionen* gegen die «Rebellenregierung» in Salisbury. Nach gewaltigem Palaver, in welchem die Staaten des schwarzen Afrika nicht mit extremen Anträgen gegen das weiße Siedlerregime zurückhielten, hat der Sicherheitsrat am 16. Dezember den Sanktionen gegen Rhodesien zugestimmt.

Problematik und Grenzen der UNO

Der Streitfall, in den Rhodesien und die Vereinten Nationen verwickelt sind, zeigt Problematik und Grenzen der Weltsicherheitsorganisation. Die Vereinten Nationen wurden zum wirtschaftlichen Kampf gegen ein Regime aufgeboten, dem der Vorwurf gemacht wird, es repräsentiere nur eine *Minderheit* und unterdrücke in undemokratischer Weise die politischen Rechte der großen Mehrheit des rhodesischen Volkes. In der UNO — und auch im Sicherheitsrat — sind jedoch Nationen vertreten, denen ein ähnlicher Vorwurf gemacht werden könnte, aber sie sitzen heute zu Gericht über Rhodesien. Das Siedlerregime mag in der gegenwärtigen Zeit ein *Anachronismus* sein; tatsächlich hat es aber bisher die innere Ordnung Rhodesiens garantiert, und es hebt sich vorteilhaft ab von jenen zahlreichen

jungen Staaten Afrikas, die heute die Lösung ihrer Probleme in der Errichtung von Militärdiktaturen suchen, um die Labilität ihrer staatlichen Institutionen zu kaschieren.

Eine weitere Frage ist die *Wirksamkeit* der von der UNO verhängten Sanktionen. Der Präzedenzfall bei der Vorgängerorganisation der Vereinten Nationen, beim Völkerbund, der 1935 gegen das fascistische Italien wirtschaftliche Sanktionen beschloß, wirkt abschreckend. Es ist in den dreißiger Jahren nicht gelungen, einen lückenlosen Boykott Italiens durchzuführen, und es scheint auch heute kaum möglich, Rhodesien auf diesem Wege zum Einlenken zu veranlassen. Bezeichnend ist dabei, daß eine ganze Reihe unabhängiger Staaten des schwarzen Afrika sich von den Sanktionen distanzieren, da sie die eigene Wirtschaft auf das schwerste schädigen würden. Hier tritt die Ideologie vor den *ökonomischen Notwendigkeiten* zurück. Damit wird aber das Problem der Sanktionen in seiner Gesamtheit grundsätzlich in Frage gestellt. Jedenfalls scheinen wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen auch heute noch kaum ein taugliches Mittel, um ein mißliebigen Regime in die Knie zu zwingen. Wenn sich aber die Sanktionen, was zu erwarten ist, als Mißerfolg erweisen, wird das *Prestige* der Vereinten Nationen eine weitere Einbuße erlitten haben — ein Effekt, der kaum in den Intentionen jener liegen dürfte, die das Vorgehen der UNO gegen Rhodesien lautstark und mit Eifer unterstützten.

Fabius

LETTRE DE SUISSE ROMANDE: NOTRE PRÉSIDENT

Depuis cent soixante-deux ans que le Valais appartient à la Confédération helvétique, l'honneur d'offrir un président aux membres de l'Alliance ne lui était jamais échu.

Il est vrai que notre compte n'est pas tout à fait exact. C'est bien de 1848 qu'il faut partir, non de la Restauration. Il n'en reste pas moins que pendant plus d'un siècle, nous avons été tenus quelque peu à l'écart de la direction politique du pays.

Parmi les raisons que l'on en peut donner, il ne faudrait pas omettre de signaler notre propre carence. Si longtemps, nous avons couru seuls un destin que la géographie semblait nous imposer que ce mariage avec la Suisse des cantons ne ralliait point tous les suffrages. De nombreux travaux historiques, publiés à l'occasion de notre cent cinquantième anniversaire de vie fédérale, ont fait ressortir à quel point le Valais de

langue allemande, après la chute de l'Empire, répugnait à perdre une part de son indépendance en s'alliant à la Confédération. Seigneurs et maîtres, nos ancêtres du Haut l'avaient été pendant des siècles : ils rêvaient de le redevenir. Ce *Comté du Valais* que le dernier roi de Bourgogne, Rodolphe III, avait donné à Hugues, évêque de Sion, en 999, avait glissé peu à peu lui-même à une forme politique fédérative ; les Dizains étaient, en fait, de petits cantons ; ils avaient leurs Diètes, leurs bannières, leurs milices ; depuis le XVI^e siècle, ils avaient même leurs colonies, c'est-à-dire leurs bailliages : le Bas-Valais leur appartenait comme Vaud appartenait à Berne et le Tessin, aux cantons forestiers. La Révolution les avait dépouillés de leurs conquêtes : pourquoi la Restauration ne leur rendrait-elle pas leurs droits d'anciens propriétaires ? Les oligarques bernois raisonnaient-ils autrement ?

Mais, le Bas-Valais ne l'entendait pas de cette oreille. C'est lui qui obtint notre adhésion au Pacte fédéral. On se chamailla pendant des mois dans les assemblées pour aboutir enfin à une décision qui nous fit Suisses. Les vaincus y mirent plus de résignation que d'enthousiasme. Et pendant longtemps.

On comprendra dès lors que notre participation à la vie fédérale ait été pendant longtemps modeste. Pauvres, d'autre part, isolés dans nos montagnes, méfiants de nature et divisés, nous ne pouvions jouer un rôle éminent dans les Conseils confédérés. Il nous fallut attendre ce milieu du siècle pour prendre vraiment conscience de nos possibilités. Le très rapide développement économique que nous avons connu grâce à l'utilisation massive de l'énergie hydro-électrique, grâce au tourisme, grâce à la mise en valeur de notre verger, nous donna confiance en nous-mêmes. Le Valais sortit de son isolement. Il domina ses complexes d'infériorité, se mêla, dans tous les domaines, de manière beaucoup plus active, à la vie du monde. Et l'heure vint, tout naturellement, où ses hommes politiques furent appelés à prendre leur part des responsabilités de la nation.

Nous eûmes un premier Conseiller fédéral en la personne de Joseph Escher. C'était un

homme de vive intelligence ; malheureusement, il entra dans l'aréopage fédéral à un âge trop avancé. Il y laissa tout ce qui lui restait de force et mourut à la tâche, trop tôt pour pouvoir donner sa mesure.

Le 27 septembre 1962, les Chambres appelaient à l'Exécutif suprême le Conseiller national Roger Bonvin. Il allait prendre la succession, à la direction du Département des finances, de Jean Bourgknecht, frappé par la maladie.

L'élection de Roger Bonvin fut saluée en Valais par une explosion de joie absolument extraordinaire. Si l'accession au Conseil fédéral de Joseph Escher n'avait pas enthousiasmé les Valaisans de langue française, en revanche, l'arrivée au pouvoir du président de Sion réjouit le pays tout entier. C'est que jamais, sans doute, en Valais, un homme n'aura été plus populaire.

Pour comprendre cette popularité, il convient de s'arrêter un instant à la fois sur les particularités du pays et sur la carrière de l'homme.

Le pays, pendant des générations, fut surtout dirigé par quelques familles parfaitement honorables, portant des noms à particule, le plus souvent, ayant servi les Princes au long de l'histoire, et possédant une louable expérience des choses politiques. Des oligarques ? Pas dans le sens précis du terme, les élections ayant bien lieu de manière démocratique, mais, les habitudes étant prises, on ne sortait guère d'un cercle de privilégiés dont l'influence se manifestait dans tout le pays.

Ces « Messieurs », comme on les appelait, géraient les affaires publiques avec un louable souci d'économie. Ainsi faisaient-ils de leurs propres affaires. Et le pays restait ce qu'il était : pauvre, isolé, hautain dans sa solitude, fermé sur lui-même, cultivant ses traditions avec amour, pas trop malheureux sans doute, mais enfin hors des courants qui emportaient le monde.

Un premier magistrat issu du peuple, Maurice Troillet, dans l'entre-deux-guerres, secoua cette inertie, transforma notre agriculture, donna un bel essor à cette plaine qui est aujourd'hui si féconde qu'on l'a appelée la Californie de la Suisse.

Troillet appela à son service tout un état-major d'hommes jeunes, énergiques, entreprenants, qu'il plaça aux postes-clefs de l'administration et qui firent des institutions nouvelles des instruments efficaces du progrès. Une large fraction du peuple se rallia rapidement à cette politique faite d'audace et d'inventions. Les routes entrèrent dans toutes les vallées; puis il y eut les barrages, l'argent, le confort. Un pays neuf prenait la place de ce que l'on appelait non sans fierté: *Le Vieux Pays*.

Dans ces équipes formées par Troillet se trouvait un jeune ingénieur du nom de Roger Bonvin. A la fois très différent du vieil homme politique et cependant proche de lui par son dynamisme, son goût de l'entreprise et des réalisations audacieuses. Différent parce que Troillet était un pragmatique pur, ne s'embarrassant d'aucune règle pouvant paralyser son action alors que Bonvin militait dans les organisations catholiques avec ferveur. Mais leur allant, leur énergie, leur vivacité d'esprit, leur amour du pays étaient semblables. Quand Troillet disparut, le peuple sentit d'instinct qu'il y avait dans le canton quelqu'un pour le remplacer.

Roger Bonvin est bien un enfant de ce pays tel qu'on peut le souhaiter dans les maisons les plus humbles. Il est né (en 1907) à Icoigne, dans un village de bois; le milieu familial est modeste; si le père est bien géomètre, les attaches avec la campagne, la montagne, sont de tous les jours. L'enfance du futur Conseiller fédéral se déroule d'abord dans la simplicité de la vie campagnarde; elle est accordée à la vie du peuple. Il faut compter, dans cette famille nombreuse, et travailler. Le sens des responsabilités, on l'acquiert en écoutant le père et la mère se concerter pour savoir comment on arrivera au bout du mois sans trop de difficultés.

Ce garçon est d'une vivacité d'esprit peu commune: on l'envoie au collège de Sion; il y manifeste des dons brillants. Mais tout autant que son esprit, son cœur apparaît d'une qualité rare. Le collégien, déjà, se passionne pour l'alpinisme. C'est une rude école de courage, de fermeté, de sincérité avec soi-même. On ne triche pas avec l'effort qui vous porte durement sur la cime. Par-

tout, l'adolescent paie de sa personne, enthousiaste, généreux. C'est un entraîneur, un chef.

Il passe deux ans à Einsiedeln où il obtient son certificat de maturité. Ainsi, il apprend fort bien la première de nos langues nationales. Et du reste, il poursuit ses études à l'École polytechnique fédérale d'où il revient ingénieur.

Années de crise: il travaille durement sur le chantier de la Furka et tous les ouvriers qui sont sous ses ordres apprennent bientôt à connaître ce technicien qui leur parle de manière si humaine, si fraternelle. Il est l'un d'eux. Il n'y a pas de barrière entre l'homme des chiffres et des plans et l'homme de la pelle et du pic. Et puis, il a ce regard qui vous va tout de suite jusqu'au cœur, cette droiture qui ne dissimule rien, obtient tout sans gros mots. Plus tard, le colonel Roger Bonvin commandera le régiment d'élite de ce Haut-Valais de langue allemande. Et ces hommes si chatouilleux sur leurs droits à être commandés par les leurs adopteront ce chef de langue française qui leur parle leur patois et connaît si bien leurs qualités et leurs faiblesses.

Voilà pour le Valais de langue allemande: Roger Bonvin y est chez lui, ce qui n'est certainement le cas d'aucun autre Valaisan romand. Mais il est aussi le parfait magistrat de ce Valais de l'ouest travaillé, dès après la guerre, par les ferments d'une véritable révolution économique. Le parti conservateur, largement majoritaire, craint les aventures. Il faut se développer, sans doute, mais avec prudence. Roger Bonvin, député au Grand Conseil, puis Président de la capitale, n'est conservateur que de nom. Ou, plutôt, du parti conservateur-progressiste et chrétien social, il néglige le premier déterminatif. Il faut aller de l'avant, et vite, ne pas perdre sa chance sur le chemin de l'histoire. Il faut aller de l'avant afin de rompre définitivement le cercle de la pauvreté et de la solitude. Et tout en sauvant au mieux les valeurs chrétiennes qui firent la grandeur de ce pays.

C'est bien là qu'est le secret, me semble-t-il, de sa prodigieuse réussite. Il exaltait l'espoir de la jeunesse, avide de réalisations efficaces, en même temps qu'il tranquillisait

la génération déclinante en manifestant le respect le plus vif à l'égard des valeurs religieuses, en particulier.

Ainsi, peut-on dire que tout le monde l'adopta, de la Furka au Léman, pour reprendre une expression qui a cours dans les discours des politiciens. Et en cela, Bonvin aura même mieux réussi que Troillet — qui eut toujours contre lui des clans acharnés à le perdre parce que sa politique, à bien des égards, prêtait flanc à la critique.

Troillet considérait d'abord les avantages économiques de ses réalisations, tandis que Bonvin les place sans cesse à leur juste niveau. C'est l'homme tout entier qu'il regarde, dans la totalité de son destin. Chez ses adversaires matérialistes, on s'est même gaussé, parfois, d'une répétition de style: *l'échelle des valeurs*. Il l'a évoquée dans la plupart de ses discours, en effet. Ce n'est pas fatigue de vocabulaire. Roger Bonvin possède une faculté d'élocution absolument rare, chez nous. Non, ce n'est pas fatigue de vocabulaire mais obsession spirituelle. A quoi servent les grandes réalisations techniques, le confort, la fortune s'ils ne sont mis au service de la *personne* tout entière, dans la perspective d'une destinée qui va bien au-delà de la mort? C'est le langage d'un chrétien absolument sincère avec lui-même et vivant sa foi à chaque heure de sa vie.

Cette foi vécue, cette charité appelée par tous les engagements d'une existence, tout naturellement, le fit traiter par l'extrême

droite d'homme de gauche... — Calotin, disent les hommes de gauche... Communiste, insinuent bassement certains réactionnaires: voilà ce qu'il en coûte d'être soi-même, fidèle à un idéal de générosité et de noblesse, et assez courageux pour affirmer sans cesse, et en toute circonstance, ce que l'on est.

Ce courage, personne ne pourra le contester à Roger Bonvin. Toute sa vie est une affirmation tranquille et soutenue d'un certain nombre de principes auxquels il adhère de toute son intelligence et de tout son cœur. Il croit en l'importance fondamentale des valeurs spirituelles; derrière chaque visage, il voit l'âme immortelle. Les plus déshérités le savent bien qui vont frapper à sa porte en sortant de prison. C'est une porte qui ne se sera jamais refusée à personne.

Savoir si un tel homme devrait être affronté chaque jour aux seuls problèmes de l'argent est une question qu'il ne nous appartient pas de résoudre. Il nous plaisait seulement de dire qui est l'homme qui se trouve assis aujourd'hui dans le fauteuil auguste que la Confédération helvétique offre à ses présidents annuels. Nous le connaissons de longue date et l'amitié ne trouble pas notre jugement parce que personne ne suscite mieux la franchise. Ce que nous savons c'est que dans toutes les circonstances, nous l'avons vu égal à lui-même, souriant, généreux, disponible, animé sans cesse par la passion de servir.

Maurice Zermatten

FLORENZ UND ITALIEN UNTER WASSER

Der Verfasser des nachfolgenden Berichtes gehörte zu einer Equipe des italienischen Zweiges des Internationalen Zivildienstes.

Die Redaktion

Der über die Ufer getretene Arno in Florenz

Wäre jemand am Morgen des 4. November in dieser Stadt angekommen und hätte den Zug im Bahnhof verlassen, wäre er von den Wassern umgeben gewesen und hätte das eigenartige Gefühl gehabt, daß die Natur

ihm einen Streich spielen wolle. Die Stimmung barg noch nicht das Drama in sich, alles war noch ruhig und alles schien noch seinen normalen Verlauf zu nehmen. Man hörte Ausrufe wie: «Sich einmal wieviel Wasser», beinahe wie wenn andere es nicht sähen, oder wie wenn man die Empfindung

der Sinne noch mit Worten unterstreichen wollte, oder man hörte auch: «Nun, das Ärgste ist schließlich vorüber!», und oft schloß sich an diese Ausrufe die instinktive Reaktion, die eigenen Gepäckstücke an einen erhöhten Ort zu stellen, in der Erwartung, daß das Wasser abfließe. Aber es kam mehr und mehr Wasser, eine bräunliche Brühe, vermischt mit Schlamm, Kehrlicht und Öl, und die anfänglich beinahe belustigte und optimistische Gleichgültigkeit verwandelte sich zusehends in einen Zustand des Fragens, dann der Beunruhigung, und endlich wurde man sich der Tragik bewußt.

Die in der Stadt wohnenden Florentiner waren im Schlaf von der Überschwemmung überrascht worden. Außer den wenigen Zeugen, die den historischen Augenblick miterlebt hatten, in welchem die Wellen die Dämme des Flußbettes überrannt und sich gurgelnd in die engen Straßen der Stadt ergossen hatten, erlebten die so schwer betroffenen Bürger dieser Stadt diesen Moment der Überraschung jeder zu einer anderen Zeit. Einzelne erwachten vom Poltern der «Porte del Paradiso del Battistero», welche für Stunden und Stunden durch das Ein- und Ausströmen des Wassers auf- und zugerissen wurde, welches unaufhörlich in das Gebäude eindrang und beim Verlassen losgerissene Gegenstände mit sich führte. Andere wieder, schon wach, glaubten, ein Krieg sei ausgebrochen, weil das Licht ausgegangen war und sie das Krachen der geborstenen Zentralheizungen hörten, sowie die vielen Autohupen, die wegen der Feuchtigkeit zu tuten begannen, und das Poltern der Autos, welche vom Wasser mitgerissen und aufeinander gehäuft worden sind. Noch andere, geweckt durch all den Lärm, am Fenster mit schlaftrunkenen Augen den feuchten Morgennebel durchdringend, zweifelten nicht mehr: eine zweite Sintflut hatte begonnen (am Arno gab es nur wenige, die überhaupt noch nachdachten). Mit etwas mehr Distanz zu den Geschehnissen haben sich vielleicht ein Philosoph und ein Geistlicher getroffen, geeint durch die gemeinsame Betrachtung — um es mit Paul Valéry zu sagen —: «Die

Menschheit ist sterblich». Ein Professor mußte, soeben aus dem Schlaf gerissen, hilflos der letzten Parade der Florentiner und italienischen Kultur zusehen, welche sich durch die Fenster und auf den Straßen und dem Fluß entfernte: Vielleicht sind auch in diesem Moment Dante, Petrarca, Boccaccio und Manzoni den anderen vorausgegangen. Denkt an die Trauer dieses Professors und hundert anderer wie er, und denkt an die unbeschreibliche Trauer aller Menschen mit Sinn für Kultur über den Verlust von Tausenden alter Bände in der «Biblioteca Nazionale».

In der Zwischenzeit trafen fragmentarische Nachrichten, mündlich von Haus zu Haus weitergegeben, über die Lage in den übrigen Teilen der Stadt ein: Der «Ponte Vecchio» ist eingestürzt — doch bald darauf auch der Widerruf: «Er hat widerstanden!», und es schien als ob die ganze Stadt einen Seufzer der Erleichterung ausstoße. In den Herzen der Florentiner war die Rettung des «Ponte Vecchio» seit dem Zweiten Weltkrieg das Sinnbild des Wohlergehens der Stadt. Aber es war nur eine kurze Erleichterung. Ohne Licht, ohne Heizung, ohne Telephon, ohne Lebensmittel und oft mit nicht mehr als was man gerade auf dem Leibe trug, hatte man wenig Grund, guter Dinge zu sein. Aber gerade in dieser Situation konnte man sich von der außergewöhnlichen Ruhe dieses alten Volkes überzeugen. Hätte es doch genügend Berechtigung gehabt, um in Unruhe zu geraten. Die Retter kamen nicht, um beizustehen, mit Ausnahme der Brandwache, welche sich einsetzte, wo sie nur konnte, aber sie schien lächerlich ungenügend, gemessen an der Lage: die Stadt war praktisch isoliert.

Mit folgenden Worten begann ein Artikel «Der Staat unter Wasser» zu jener Zeit im «Espresso» publiziert: «Während sechs Tagen konnten sie sich kein Gehör verschaffen. Telefongespräche wurden geführt vom «Palazzo Vecchio», vom «Palazzo Medici Riccardi», wo sich die Präfektur befindet, sowie von der Kaserne des «Comiliter» aus (territoriales Militärkommando) an der «Piazza S. Marco» nach den Ministerien in Rom; doch die Stimmen der erregten

Florentiner stießen in den Ministerien auf verstopfte Ohren. Es hat zwei, drei Meter Schlamm, die Stadt ist überschwemmt, Trinkwasser und Medikamente fehlen; Museen, Kirchen, Bibliotheken sind zu schmutzigen Teichen geworden. Was müssen wir tun?» Durchs Mikrophon schienen die Antworten von Rom von Anfang an leicht gelangweilt, weil man sich schon nur zu oft über Überschwemmungen beklagt hatte und sich die Beschreibungen jedesmal glichen. Die Adjektive hatten ihren Wert verloren: schrecklich, grauenhaft, apokalyptisch, jeder fand das Richtige um zum staatlichen Opfer zu werden, um schließlich an erster Stelle auf der Liste der absolut notwendigen Subventionen zu stehen.

Gerade jener 4. November war Nationalfeiertag, und es scheint — für alle Ewigkeit — ein Sieg des Anachronismus zu sein, daß gerade dieser Tag zum Fest auserkoren war. Es soll jedoch nur um der Überlegung willen folgendes festgehalten sein: Die Tatsache, daß jener Tag gerade ein Festtag war, hat den Bürgern große Unannehmlichkeiten bereitet und die Rettung beträchtlich verzögert, diese Tatsache hat — Ironie des Schicksals — zugleich unzählige Menschenleben gerettet, denn hätte es sich um einen gewöhnlichen Wochentag gehandelt, hätten sich Tausende um sieben Uhr morgens, als der Arno überbordete, auf dem Weg zur Arbeit befunden. Die römischen Ministerien ohne Minister (der Ministerpräsident konnte erst am Abend des zweiten folgenden Tages aufgefunden werden), beschworen die Florentiner, nichts zu dramatisieren und geduldig abzuwarten. Für einige Tage hatte man auf nationaler Ebene das Gefühl, Italien habe keine Regierung. Die Schwierigkeiten, so jene der Verbindungen per Draht und per Auto, aber auch die der anfänglichen Unglaubwürdigkeit der Lagebeschreibung, des sich Gehenlassens, der Desinteressiertheit und des Fatalismus hatten sie unfähig gemacht.

Aber auch auf lokaler Ebene war eine Art Lähmung eingetreten, die die ganze öffentliche Gewalt betraf und die ganze 24 Stunden andauerte. Nicht etwa daß die höchsten Behörden abwesend gewesen wä-

ren (wie dies der Fall war mit den unauffindbaren Ministern), oder daß sie davon-gelaufen wären, nein, es war ganz anders: Sie hatten sich sofort zusammen im Gebäude der Präfektur eingefunden. Aber das Resultat der Besprechungen zwischen dem Bürgermeister, dem Präfekten und dem Kommandanten des «Comiliter», die zum Ziele hatten, festzulegen, wer die Verantwortung für die Rettung von Menschenleben und von öffentlichen Gütern zu übernehmen habe, war ein vollständiger Fehlschlag. Es schien, daß sich der Oberbefehlshaber des «Comiliter» anerbieten hatte, die Verantwortung für sämtliche Rettungsarbeiten zu übernehmen, er habe aber zu diesem Zweck verlangt, daß ihm uneingeschränkte Befugnisse übertragen würden. Dies war jedoch vom Sindaco (Bürgermeister) energisch zurückgewiesen worden. In diesem Kompetenzkonflikt lassen sich leicht schwere institutionelle Mängel erkennen, die man dringend beheben sollte. In dieser Lage größter Verwirrung kann jedoch dem Präfekten ein Verdienst angerechnet werden, und zwar ein sehr großer: Jenen, daß er in der schlafenden Stadt nicht Alarm geschlagen und so unzählige Menschen gerettet hatte, diejenigen nämlich, die, von der Panik ergriffen, auf die Straße gerannt wären, um ihre Habe zu retten. Was aber den Rest betrifft, so ist das Verhalten der lokalen Behörden schon einige Tage nach der Überschwemmung, um so weitgehend wie möglich das Geschehene zu mindern, gelinde gesagt unverständlich.

Aber alles genügte schließlich nicht um die Bürger zu beschwichtigen, welche, von der übrigen Welt isoliert, sich nicht erklären konnten, weshalb die Retter so spät eintrafen: den ersten Kontakt mit den Behörden hatten sie über einen fahrenden Lautsprecher eine gute Woche nach dem Unglück, welcher sie zur Ruhe aufforderte. Die Florentiner konnten sich deshalb keine Rechenschaft darüber abgeben, wie das Fernsehen und die Zeitungen die Geschehnisse zu beschönigen versuchten, zu einem Zeitpunkt da sie sich schon lange über das Ausmaß der Schäden im klaren waren. Der nur scheinbar eingeschlafene, den Italienern

eigene, praktische und geniale Individualismus sowie ihr bürgerlicher Sinn kehrten wieder zurück. Der Sinn für die lokale Zusammengehörigkeit, besonders ausgeprägt seit der «Kommunalepoche», bewirkte eine einzig dastehende Reaktion in den am meisten betroffenen Quartieren: Die Organisation von Quartierkomitees (so in den Quartieren Gavinana, Santa Croce, San Frediano, Bellariva, Borghi, Brozzi, San Donino und Zona Isoletto). Was dabei noch bemerkenswerter ist: Es ergaben sich überhaupt keine Kompetenzstreitigkeiten: Der Priester und der lokale Chef der kommunistischen Partei teilten sich mit Realismus in die verschiedenen Verantwortungsbereiche. Die Verteilung der Lebensmittel übernahm die «Casa del Popolo», diejenige der Kleider die Pfarrei. Sicherlich, der Priester konnte nur schlecht die heimliche Genugtuung verbergen, daß die Kommunisten, wenn auch nur unter dem Vorwand der Verteilung der Kleider, seine Pfarrei betreten. Und was werden wohl strenge Katholiken und streitbare Christlichdemokraten gedacht haben, als sie, vom Hunger getrieben, die Schwelle der «Casa del Popolo» überschritten? Die Trennung der beiden Welten, unüberbrückbar seit eh und je, wurde unter diesen Umständen schon bei der ersten Notwendigkeit mit Leichtigkeit überwunden. Es war aber nicht etwa die christliche Barmherzigkeit, ein Konzept, das diese beiden Welten trennt, sondern die bürgerliche Zusammenarbeit, die menschliche Solidarität, welche die Oberhand gewann, die Menschen miteinander verband und auf diese Weise die Situation charakterisierte. Die Überschwemmung hatte den Triumph der bürgerlichen Freundschaft vorbereitet.

Der anfänglich verzettelten öffentlichen Gewalt stellte sich in kürzester Zeit die Zielstrebigkeit der beweglichen Volksorganismen entgegen, welche sich spontan gebildet hatten und eine Quelle nicht zu unterschätzender Macht bildeten. Sicher konnte es sich dabei nur um provisorische Formen der Solidarität handeln, die noch nicht und vielleicht sogar nie dazu bestimmt sind, sich zu entwickeln um, wie man von verschiedener Seite hörte, die Parteien zu ersetzen.

Immerhin, ihre Wirksamkeit und Autorität waren so groß, daß die von der öffentlichen Gewalt unternommenen Manöver, sich über diese Komitees zu stellen, um deren Auflösung zu veranlassen, zu einer Niederlage führten: Die Behörden der Gemeinde mußten sich auf die Quartierkomitees stützen, um ihre verspätete Politik der Hilfeleistungen durchzuführen. Während Wochen wurde in den «Case del Popolo» und in den Pfarreien voll ausgelastet gearbeitet, um die gesammelten Güter unter die Bedürftigsten zu verteilen. Nur zu gut erinnerte man sich noch der bis heute mysteriösen Bestimmung eines großen Teils der gesammelten Fonds für die durch den Dambruch von Vajont Geschädigten, oder des Mißbrauchs mit dem gesammelten Kapital für die Hungernden in Indien, weil die allgemeine Tendenz, die zentralen Behörden bei der Verteilung der von überall eintreffenden Güter zu übergehen, nicht rigoros durchgeführt wurde. Die einen wendeten sich an die Finanzverwaltung, andere wieder vertrauten ihre Hilfeleistungen den Quartierkomitees an, andere noch — so verschiedene Schulen und Institutionen — zogen es vor, mit den gesammelten Mitteln selbst Lebensmittel, Kleider, Medikamente und andere notwendige Waren zu kaufen, ein entsprechendes Transportmittel zu mieten und schließlich einem Vertreter das Bahnbillett zu bezahlen, welcher nach eigenem Gutdünken selbst die Verteilung vornahm. Und es ist — meiner Meinung nach — diesem Mißtrauen gegenüber der Wirksamkeit und der Ehrlichkeit der öffentlichen Behörden zuzuschreiben, weshalb auf dem Postcheckkonto Nr. 95 000, lautend auf das Präsidium des Rates zugunsten der Opfer der Überschwemmung, weniger gesammelt wurde als anlässlich der Sammlung zugunsten der von der Hungersnot Betroffenen in Indien. Die Auswirkungen unserer schlechten Verwaltung sind immer entmutigender!

Zurück nach Florenz

Erst wenn einmal alles Wasser abgeflossen ist, kann man die von der Überschwemmung verursachten Schäden ganz überblicken.

Menschen und Tiere (worunter Tausende von Katzen und etwa 200 Rennpferde), Mobiliar, Autos und Straßen sind weggeschwemmt worden. Unzählige Kunstwerke (Monumente, Museen, Bibliotheken, Galerien, Archive), ein wertvoller Schatz der Menschheit, wurden beschädigt. Eine Überschwemmung weist klassische Züge auf: sie verschont, mehr oder weniger die Privilegierten, trifft aber die Armen. So war es auch in Florenz an diesem 4. November 1966. Nicht alle Wohlhabenden haben ihren Wagen verloren, und wenn sie das Geschäft verloren haben, so konnten sie es innerhalb von etwa 10 Tagen mittels der Banken oder einfach dank ihrem Einfluß wiederherstellen. Ihre Wohnstätten sind intakt geblieben, mit Ausnahme etwelcher Schäden in ihren Wandelgärten. Die Armen jedoch (Pensionierte, Invalide, Kleinhändler, Kunstgewerber) haben oft, wenn auch nur für einige Zeit, ihre Behausung verloren, und mit dem Haus auch alles andere, was sie besaßen: Betten, Matratzen, Kästen, Möbel, Kleider, Papiergeld, elektrische Haushaltsgegenstände, Geschirr; die Kunstgewerber haben ihre Werkstätten verloren, die Kleinhändler ihre Geschäfte und das Auto, auf das sie zur Ausübung ihres Berufes angewiesen sind. Die Häuser der Wohlhabenden in den weiter oben gelegenen Quartieren der Stadt haben auch nicht einmal einen Riß, nicht einen Zentimeter Schlamm, ihre Autos haben keinen Schaden erlitten. Die halb unter dem Boden liegenden Behausungen, von denen es besonders viele in Florenz gibt, sind jedoch bis zum Rand voll von einem fauligstinkenden Dreck, hauptsächlich bestehend aus Schlamm, Kehricht, verfaulenden Abfällen, Exkrementen und Heizöl, welches in großen Mengen aus den geborstenen Heizanlagen ausgetreten ist und der ganzen Stadt eine ekelrerregende Färbung verleiht.

Hier haben Hände alter Philantropen und junger Idealisten gearbeitet, welche sich aus ganz Europa zusammengefunden haben: Mädchen, Professoren, Studenten, dankbare Menschen, die ihre Habe vor der Überschwemmung haben retten können. Zu Tausenden sind sie gekommen, um diese mörderische Arbeit, bis zu den Knien im

Schlamm stehend, zu verrichten. Die Luft konnte kaum eingeatmet werden und bereitete Kopfschmerzen. Flackerndes Kerzenlicht war oft die einzige verfügbare Beleuchtung. Jetzt arbeiten sie noch immer, doppelt so viele und mit doppelter Energie, weil das Militär sich wieder in die Kasernen zurückzog. Andere kamen, von überall her, und trugen sich für Ablösungen ein. Viele haben ihre Weihnachtsferien in Florenz verbracht.

Und die unglücklichen Florentiner? Sie sind zu niedergeschlagen, um gegen die schwerwiegenden Mängel der Verwaltung zu protestieren. Sie sind zu gut erzogen, um Unordnung und Verwirrung zu stiften; aber auch zu menschlich, um nicht die Hilfe von Leuten zu erbitten, die ihnen freundlich gesinnt sind. Ihr Stolz hätte es nicht zugelassen, sich nur für die Hilfe zu bedanken, sondern sie offerierten als Gegenleistung in schlichter Weise etwas übriggebliebenen Kaffee oder etwas Wein mit den Worten: «Es ist echter, wissen Sie.» Man konnte lange Reihen auf dem «Campo di Marte» warten sehen, um einige Lebensmittel zu erhalten, welche den ärgsten Hunger stillen sollten. In den ersten Tagen war das Angebot an Lebensmitteln größer als die Nachfrage, es war sogar genügend davon da, um es gratis an die Studenten, an den Internationalen Zivildienst und anderen zu Hilfe Geeilten zu verteilen; aber dann begannen sie auszugehen. Schließlich, als die Presse, eigentlich viel zu früh, von einer Rückkehr zur Normalisierung der Lage zu sprechen begann, verringerte sich die Spendefreudigkeit und die Solidarität der anderen zusehends, bis endlich nur noch Gleichgültigkeit herrschte. Genau das Gegenteil trat ein, was die Regierungsmaßnahmen betrifft: Die Regierung hatte zuerst nichts, aber auch wirklich nichts unternommen, um die von Wasser und Schlamm gequälte Stadt zu befreien, abgesehen von einigen Motorbooten und Helikoptern zur Rettung von Menschenleben; darauf wurden einige absolut unzulängliche Motorpumpen geliefert; erst viel später erreichten richtige Autokolonnen von Motoraufsaugpumpen, Bulldozern, Kanalisationsreinigungsmaschinen und bewegli-

chen Kränen die Stadt. Die zur Verfügung gestellten Arbeitskräfte blieben jedoch ungenügend für die dringende, langwierige Arbeit der Reinigung der Häuser und Straßen vom Schlamm, welcher langsam austrocknete und immer härter geworden wäre. Die Florentiner reagierten also auf die Unfähigkeit der Regierung der ersten Tage mit selbst ergriffener Initiative und fanden auch die Zeit, um mit Anekdoten und mit witzigen Anschriften die verdrängte Enttäuschung über die Unzulänglichkeit der öffentlichen Gewalt zu verstecken. So konnte man an einer Hausecke lesen: «Hier Schlamm gratis!» oder auf der Türe eines Geschäftes: «Sucht mich nicht, ich bin beim Wasserschöpfen», oder auch «Bin abwesend, weil deprimiert», oder noch, auf einem Verkaufsstand: «Vom Schlamm zum Verbraucher.»

Einige Schlußfolgerungen

Vor allem ist es notwendig, die schweren Mängel der institutionell organisierten und anerkannten Instrumente für die technische und juristische Intervention hervorzuheben und zu unterstreichen, insbesondere was die Übernahme der obersten Kommandos betrifft, und zwar auf nationaler und lokaler Ebene für den Fall einer Notlage. Es ist unannehmbar — nach den traurigen Erfahrungen des überschwemmten Italiens —, daß die Legislation unverändert bleibt, welche nicht vorsieht, wie und unter wessen Kommando die Aufgaben des Bürgermeisters, des Präfekten und des «Comiliter» koordiniert werden, und wie — auf nationaler Ebene — die Kompetenzkonflikte der Aufgabenverteilung unter die einzelnen Minister vermieden werden können.

Irgend jemand muß dafür verantwortlich sein, daß für wasserwirtschaftliche Fragen in Waldgebieten nur die lächerliche Summe von 8 Milliarden Lire pro Jahr vorgesehen ist. Irgend jemand muß dafür verantwortlich sein, daß innerhalb der letzten 20 Jahre nicht mehr als 400 000 ha Wald aufgeforstet worden sind, und dies in einem Land wie Italien, dessen Waldreichtum sehr abgenommen hat. (Zuerst waren es die Römer und die meer-

fahrenden Republiken, die Raubbau an den Wäldern betrieben für den Bau ihrer Schiffe, im letzten Jahrhundert waren es die Regierungen, welche das Land mit einem möglichst ausgedehnten Netz von Eisenbahnlinien versehen wollten, aber schließlich waren es auch die vielen Kriege, die große Schäden an den Forsten anrichteten.) Jemand muß auch dafür verantwortlich sein, daß im letzten Fünfjahresplan die Ausgaben für die Erhaltung der Natur, für die Aufforstung und für die Wasserwirtschaft so bescheiden bemessen worden sind. Warum wurden unsere Geologen nicht auf einer breiteren Basis eingesetzt? Warum wurden die Lehrstühle für angewandte Geologie und physikalische Geographie nicht vermehrt? Warum wurden die Ratschläge der erfahrenen Nationen wie Holland, der Schweiz und Deutschlands nicht beherzigt?

Aber dies ist nicht der Zeitpunkt für Polemiken. Italien muß jetzt — in seinem eigenen Interesse sowie in dem Europas — schnellstens das verlorene Terrain wieder wett machen, um nicht zu riskieren, daß es zu einem wirtschaftlichen Stillstand kommt. Wir haben schon die Liste der Prioritäten im Fünfjahresplan durchgesehen, aber es werden noch andere Anordnungen getroffen werden müssen, im oben beschriebenen Sinn, falls man es nicht riskieren will, daß die Italiener zusehen müssen, wie sich ihre Vorräte aufbrauchen und das Ersparte verschwindet und Ausgaben gemacht werden müssen, die bei weitem die Kosten von Flußkorrekturen und Aufforstungen in Hanglagen und Tälern überschreiten.

Bilanz der Schäden

Nichts kann besser das Bild ergänzen als nackte Zahlen. Im ganzen Land gab es über 100 Tote, 754 überschwemmte oder sonst von Schaden betroffene Gemeinden, 310 000 ha von Flüssen oder vom Meer zerstörte und 490 000 ha vom Wind und vom Regen in Mitleidenschaft gezogene Landwirtschaftsfläche und schließlich 3 000 000 Zentner verlorenes Heu und Saatgut. Zudem sind etwa 50 000 Haustiere umgekommen. Die Schä-

den an Wasserleitungen, Brücken, Staatsstraßen und öffentlichen Gebäuden übersteigen 200 Milliarden Lire. Dazu kommen noch weitere 5200 km beschädigte zweit-rangige Straßen, 100 km Eisenbahnlinien, sowie etwa 10000 beschädigte Bauernhäuser und etwa gleichviele Häuser in den Städten.

Was Florenz betrifft, gab es dort allein etwa 30 Todesopfer, 5000 obdachlose Familien, 6000 zerstörte Geschäfte. Schwerste Verluste hat auch die Florentiner Kunst erlitten. Über 1000 Bilder sind beschädigt oder zerstört, schwerste Schäden haben auch die Museen erlitten, so das Museum S. Croce (wo Cimabues Kreuz unwiederbringlich verloren gegangen ist), dasjenige von «Santa Maria Novella», das Museum Horne, das Museum Bardini, das «Battistero» und ganz speziell das archäologische Museum, dessen Sammlung größtenteils vernichtet worden ist, und das Haus von Michelangelo, aus dem nur wenige Bilder rechtzeitig gerettet worden sind. Eine genaue Bilanz der Zahl der betroffenen Werke, vom Wert gar nicht zu sprechen, kann erst in dem Moment gemacht werden, in dem die langwierigen Restaurationsarbeiten abgeschlossen sein werden. Erst dann wird man feststellen können, was teilweise und was ganz verloren ist.

Die Schäden in der Landwirtschaft, in der Industrie und in den anderen betroffenen Wirtschaftssektoren übersteigen 1000 Mil-

liarden Lire. Wenn man aber in diese Rechnung die Schäden der einzelnen Bürger einbeziehen könnte, die alles was sie besaßen, verloren haben, sowie diejenigen an den Kunstwerken, würde diese Zahl noch bei weitem übertroffen.

Sogar die erheblichen, von der Regierung beschlossenen Aufwendungen, die für die Hilfe der von der Überschwemmung Geschädigten und für die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Lebens in den betroffenen Gebieten bestimmt sind, genügen nicht für eine rasche Rückkehr zur Normalität. Deshalb vertraut Italien nicht nur auf die Opferbereitschaft seiner Bürger, sondern auch auf die Hilfe aller Länder, um die Leiden der von der Katastrophe am meisten Betroffenen zu mildern und um unschätzbare Kunstwerke der Menschheit zu bewahren. Unter den vielen Zeichen der gegenüber Italien bezeugten Solidarität — die aufs neue die Verbundenheit aller Länder beweist — kann man sich nur mit Bewegtheit derer erinnern, welche, obschon sie nichts besitzen, ihre Hände anerbten haben für die niedrigsten und unwürdigsten Verrichtungen. Es waren die Hände von Jungen, die von überall auf der Welt mit eigenen Mitteln hergereist waren. Es schien, als ob sie beweisen wollten, daß sicher *sie* es nicht sind, die keine Ideale mehr haben.

Corrado Pirzio-Biroli

DIE HELFER DES BOLSCHEWISMUS

Wenn man die Geschichte der bolschewistischen Partei nicht nur in ihrer russischen — offiziellen — Version studiert, fällt einem bald eine interessante und aufschlußreiche Tatsache auf. Diese Partei wurde in ihren Anfängen von ihren schärfsten Feinden unterstützt und hat sich letztlich halten, entwickeln und, dank dem Beistand ihrer ärgsten Gegner, zum heutigen machtpolitischen Faktor entfalten können.

Mit der zaristischen Geheimpolizei, der Ochrana, begann es. Die russische sozialdemokratische Partei spaltete sich auf dem Londoner Kongreß 1903 in den Mehrheitsflügel der Bolschewiken unter Lenin, die erst ab 1917 als kommunistische Partei auftraten, und die Minderheitsgruppe der Menschewiken unter Martow. Die Ochrana, die durch ihre Agenten über diese Vorgänge unterrichtet war, legte es darauf an, die

Spaltung zu vertiefen. Der Sieg der Bolschewiken im Ausland konnte Kenner der Lage nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß die Mehrheit der in Rußland lebenden sozialistisch eingestellten Intelligenz und ihrer Anhängerschaft nicht im Lager Lenins stand. Aus diesem Grund förderte die Polizei die Bolschewiken, die schwächere Hälfte der damaligen Sozialdemokraten. Sie sollten weiter existieren und die anderen Sozialisten bekämpfen können. Eine detaillierte Untersuchung darüber, wie und in welchem Umfang diese Unterstützung erfolgte, liegt bis heute nicht vor, wohl aber sind verschiedene Einzelheiten bekannt.

Unter ihnen steht an erster Stelle der Beistand, den die Bolschewiken durch Roman Malinowski, einen gebürtigen Polen adliger Herkunft, erhielten. Er war seit 1907 Sekretär der Gewerkschaft der Petersburger Metallarbeiter, wurde mit Unterstützung Lenins 1912, nach dem endgültigen Bruch mit den Menschewiken, Mitglied des Zentralkomitees und Leiter des Rußlandbüros der Bolschewiken. Im übrigen wurde auf seinen Vorschlag Stalin in das Zentralkomitee kooptiert (G. v. Rauch, Lenin, Göttingen 1957, S. 42). Malinowski gelang es, zu dem schon vorhandenen Geld zusätzliche Mittel aufzutreiben und damit das Erscheinen des Organs der Bolschewiken, der «Prawda», in Rußland auf feste Füße zu stellen. Die Bedeutung, die dieser Zeitung von bolschewistischer Seite beigemessen wird, zeigt die Tatsache, daß der Erscheinungstag ihrer ersten Nummer, der 5. Mai (1912), zum «Tag der Arbeiterpresse» erklärt worden ist. Ferner wurde Malinowski in die IV. Duma gewählt, sein menschevistischer Gegenkandidat vor den Wahlen verhaftet. Die kleine, sechs Mitglieder zählende bolschewistische Fraktion wählte ihn zu ihrem Vorsitzenden. «Lenin versorgte ihn oft mit Ideen für seine Reden und spielte den «ghostwriter» bei vielen seiner wichtigen Ansprachen» (Stefan T. Possony, Lenin, Köln 1965, S. 178). Die zaristische Polizei beteiligte sich in der Person ihres Direktors, Bjeletzki, an diesen Erzeugnissen, die nicht selten in gemeinsamer Arbeit von Lenin und Sinowjew aufgesetzt und von

der Ochrana redigiert wurden (Possony S. 179; D. Shub, Lenin, en biografi, Stockholm 1949, S. 210). Malinowski war nämlich — Agent der Ochrana (Deckname «Portnoi»)!

Bei der Klärung der Frage über die Helfer des Bolschewismus ist es unwichtig, wann Lenin die Doppelrolle seines Vertrauten erfuhr. Heute schweigen sich die Bolschewiken über Malinowski, den sie nach der Machtergreifung erschossen, aus. V. Marcu schreibt in einer reichlich sentimentalen Leninbiographie (Leipzig 1927, S. 163) nur: Lenin «hat jetzt in St. Petersburg ein Organ, die Prawda. Jeder Tag bringt sein gedrucktes Wort.» E. Jaroslowski berichtet in seiner «Biographie W. I. Lenins» (russ., 2. Aufl., Moskau-Leningrad 1941, S. 88): 1912 «wurde das Russische Büro des Zentralkomitees der Partei geschaffen. An der Spitze des Russischen Büros des Zentralkomitees stand Genosse Stalin. Die Zeitung «Swesda» erschien bereits. Am 22. April (alten Stils. O. A.) begann die «Prawda» zu erscheinen.» Von Malinowski keine Spur! Zufolge dem im Jahr 1942 in Moskau erschienenen (russ.) Buch «Lenin, Wladimir Iljitsch» (anonym) wurde auch wieder Stalin zum Leiter des russischen Büros gewählt. Er wird in diesem Werk zugleich zum Organisator der «Prawda» gemacht, deren erste Nummer «unter der Leitung» Stalins «vorbereitet wurde».

In der von einem Kollektiv verfaßten und vom Institut für den Marxismus-Leninismus herausgegebenen Leninbiographie «Wladimir Iljitsch Lenin» (russ., Moskau 1960) heißt es: «Am 10. (23.) April (1912. O. A.) erhielt der Dumadeputierte, der Bolschewik N. G. Poletajew, die Erlaubnis zur Ausgabe einer neuen Zeitung, die, wie beschlossen wurde, «Prawda» heißen sollte» (S. 214). Auch hier ist von Malinowski nicht die Rede, wohl aber einige Seiten später (S. 217f.), wo über ihn wie in der Großen Sowjetischen Enzyklopädie (2. Aufl., Bd. 5, Moskau 1950, S. 535) und der Geschichte der KP der Sowjetunion (russ. 2. erweiterte Aufl., Moskau 1962, S. 164) nur vermerkt wird, daß er «später als Agent provocateur entlarvt wurde». Über die Wahl Malinowskis

in das erste Zentralkomitee der Partei, das aus sieben Mitgliedern bestand (Louis Fischer, *The Life of Lenin*, New York 1964, S. 81), ist in der sowjetischen Literatur gleichfalls nichts zu finden. Es werden bloß einige Namen genannt, mit der stereotypen Fortsetzung «usw.», obgleich es sich um eine der wichtigsten organisatorischen Maßnahmen der Bolschewiken aus ihrer Kampfzeit handelt. Aber diese stehen schon einmal auf dem unhaltbaren Standpunkt, Lenin und die Partei seien unfehlbar, was die Glaubwürdigkeit der bolschewistischen Lehre natürlich nicht erhöht, und merzen aus ihrer Geschichte alles aus, was dem Unfehlbarkeitsdogma widerspricht. Ein Grund mehr, der bolschewistischen Propaganda und ihren Behauptungen zu mißtrauen.

Neben der Ochrana halfen reiche russische Unternehmer den Bolschewiken über finanzielle Schwierigkeiten hinweg, die ihnen bis zur endgültigen Konsolidierung der Macht immer viel zu schaffen machten. Die Namen einiger dieser Geschäftsleute («Kapitalisten») kennen wir: der Millionär Sawwa T. Morosow, Gorbunow aus Kaluga, Meschkow aus Perm (Possony, S. 113 ff.), der Industrielle Konowalow, einer der reichsten Männer Rußlands (Possony, S. 193). Die Beamten der Ochrana und die Millionäre Rußlands waren die ersten, die daran glauben mußten, als die Bolschewiken 1917 an die Macht kamen!

Zu ihren weiteren finanziellen Gönnern in schlimmen Tagen gehörten — die Japaner. Nach Ausbruch des russisch-japanischen Krieges (1904/05) begann Japan die russische revolutionäre Bewegung zu unterstützen. Nach Ansicht Possonys (S. 112 f., 118 mit Anm.) erhielt Lenin von den Japanern «eine anständige Summe». Wieviel ist nicht bekannt, auch nicht auf welche Weise resp. durch welche Mittelsmänner. Natürlich benutzte der persönlich sehr bescheiden lebende Lenin die erhaltenen Mittel nicht für sich selbst, sondern für die Partei, scheinbar zur Herausgabe der neuen Zeitung «Wperjod» (die erste Nummer kam am 4. Januar 1905 in Genf heraus). Die Quitting für ihre Hilfe erhielten die Japaner

1945. In seiner Proklamation nach der Niederwerfung Japans vom 2. September 1945 stellte Stalin den sowjetischen Krieg gegen Japan als die Revanche Rußlands für den japanischen Sieg über das Zarenreich im Jahre 1904/05 dar. Das ist keine «kapitalistisch-faschistische» These, sondern eine Behauptung Stalins (J. Stalin, *Sowjetunionens stora fosterländska krig*. Moskau 1954, S. 198)!

Die größte Hilfe ist den Bolschewiken zweifellos durch Deutschland zuteil geworden. Als der Erste Weltkrieg ausbrach, bildete sich in deutschen politischen Kreisen und im Auswärtigen Amt eine starke Gruppe, die für eine Förderung revolutionärer Unruhen in Rußland eintrat. Einer ihrer Wortführer war Unterstaatssekretär Zimmermann, der einen eifrigen Bundesgenossen im deutschen Gesandten in Bern, von Romberg, fand. Dieser war schon vor dem Kriege überzeugt, daß die Revolution in Rußland unausbleiblich sei. Er war es denn auch, der während des Krieges Einzelaktionen russischer Revolutionäre förderte und das Seine dazu beitrug, daß Lenin nach Ausbruch der russischen Februarrevolution aus der Schweiz über Deutschland (und Schweden) nach Rußland reisen konnte. Bolschewistische Behauptungen, als ob Kerenski und andere Minister der Provisorischen Regierung Lenin nicht nach Rußland lassen wollten (Jaroslawski, S. 108), gehören ins Reich der Propagandafabeln. England und Frankreich machten Schwierigkeiten mit dem Durchreisevisum, und der Menschewik Martow kam auf den Gedanken, die Rückfahrt über das feindliche Deutschland zu bewerkstelligen (v. Rauch, S. 50). Schweizer Sozialisten, zunächst Robert Grimm, der sich aber bald zurückzog, dann Fritz Platten und andere führten die Verhandlungen mit der Berner deutschen Gesandtschaft. Da sich die deutsche Regierung und vor allem der Generalstab von den Bolschewiken eine Zersetzung der russischen Widerstandskraft versprach, kam eine Übereinkunft zwischen Deutschen und russischen Revolutionären zustande, derzufolge die bekannte Reise im «plombierten Wagen», der nicht plombiert war, den aber niemand

ohne Zustimmung der Reisenden betreten durfte und nicht betrat, am 9. April begann. Am 16. April traf Lenin mit seiner Begleitung in Petrograd ein. Der Beschluß der deutschen Regierung «lag auf der Linie der bisherigen finanziellen Zuschüsse», und man wollte Lenin «nun Gelegenheit geben, in Aktion zu treten» (v. Rauch, S. 51). Einer der Akteure im Spiel um die Rückreise Lenins war Dr. Helphand-Parvus, ein ehemaliger Sozialist und einer der großen Dunkelmänner in der Geschichte der bolschewistischen Revolution (vgl. W. Scharlau-Z. Zeman, *Freibeuter der Revolution*. Köln 1964, S. 248—258).

Kaum war Lenin in Rußland angelangt, begannen Angriffe gegen ihn, die ihn als deutschen Agenten abstempelten. Das geschah nicht nur wegen der Reise durch Deutschland, sondern noch mehr wegen der Gelder, die Lenin von deutscher Seite als Unterstützung für die Tätigkeit seiner Partei erhalten hatte und erhielt. Über diese Unterstützungen ist oft geschrieben worden. Mit ihnen befassen sich eingehender: Possony an sehr vielen Stellen seiner Leninbiographie (z. B. S. 223f., 226f., 283f., 311f., 316, 341, 350 usw.), Scharlau-Zeman (S. 12, 259ff., 267ff., 274ff. usw.), I. Zeretelli in seinen Memoiren, «Wospominanija o fewralskoi rewoljuzii», Paris 1963, Bd. II, Teil III, Kapitel 7 (Die Bolschewiken und deutsche Gelder), um nur wenige in letzter Zeit erschienene Arbeiten zu nennen. Der bekannte deutsche Sozialdemokrat E. Bernstein bezifferte in einer im «Vorwärts» vom 14. Januar 1921 veröffentlichten Bekanntgabe die Höhe der «für Lenin und seine Genossen» vom kaiserlichen Deutschland gezahlten Summe auf über 50 Millionen Goldmark (Zeretelli bringt auf Seite 338f. den Text der Bekanntgabe). v. Rauch schreibt (S. 46): «Erst jetzt bringt ein Bericht von Staatssekretär von Kühlmann vom Dezember 1917 aus den 1945 beschlagnahmten deutschen Archivbeständen, in dem von einem «stetigen Fluß von deutschen Geldern» an die Bolschewiken die Rede ist, die nötige Aufklärung über diese dunkle Affäre.» Die deutschen Subventionen scheinen in zweierlei Gestalt nach Rußland

gegangen zu sein: als Barmittel über die Diskontogesellschaft in Berlin, die Nya Banken in Stockholm und die Sibirische Bank in Petrograd (Possony, S. 282f.) und als Handelsware, die über Schweden nach Rußland exportiert und dort verkauft wurde, wobei der Erlös in die Kassen der Bolschewiken floß (Scharlau-Zeman, S. 276f.).

Alle ernstzunehmenden Forscher sind der Ansicht, daß Lenin, trotz der Riesenunterstützungen, über deren Herkunft er allein schon ihrer Größe wegen Bescheid wissen mußte, kein Agent der deutschen Regierung war, wie die Propaganda der Provisorischen Regierung und mit ihr ein großer Teil der damaligen russischen Presse behauptete. Lenin und seine Anhänger machten sich bloß keine Skrupel, für ihre Ziele, die Bekämpfung des Zarismus und der Kerenski-Regierung, Mittel zu benutzen, die aus trüben Quellen flossen. Ihr Haß gegen das kaiserliche Deutschland war ebenso tief und echt wie ihre Feindschaft gegen das zaristische Rußland. Wie dem auch sei, für die vorliegende Untersuchung ist die Behauptung v. Kühlmanns wichtig, die er in einem Bericht an den Vertreter des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier vom 29. September 1917 aussprach: «Die Bolschewiki-Bewegung hätte ohne unsere stetige weitgehende Unterstützung nie den Umfang annehmen und sich den Einfluß erringen können, den sie heute besitzt» (zitiert nach Scharlau-Zeman, S. 275). Der Bolschewismus hat nicht nur die Grundlagen seiner marxistischen Lehre aus Deutschland bezogen, sondern auch die Mittel, ihre Thesen praktisch zu verwirklichen. Über den sowjetischen Dank an Deutschland lohnt es sich nicht, Worte zu verlieren. Er manifestiert sich täglich, am deutlichsten im Raum zwischen Königsberg und der Elbe und Werra.

Als der Bolschewismus noch schwach und eine bedeutungslose Sekte der sozialistischen Bewegung war, halfen Polizei und russische Bourgeois, ihn am Leben zu erhalten und seinen Einfluß zu stärken. Dasselbe taten die Japaner. Die deutsche Unterstützung trug dazu bei, den Bolschewismus als politische Größe zu etablieren, aus der

schließlich mit Hilfe der westlichen Alliierten in und nach dem Zweiten Weltkrieg die heutige russische Weltmacht in Gestalt der Sowjetunion hervorzuschwächen.

Die von amerikanischer Seite geleistete materielle Unterstützung der UdSSR, die auf Grund des Leih-Pakt-Gesetzes (Lend Lease Act) vom 11. März 1941 erfolgte und in der Lieferung von Waffen, Rohstoffen, Maschinen, Transport- und Lebensmitteln bestand, erreichte die Höhe von 11 Milliarden Dollar, von denen, wenn überhaupt, nur höchst bescheidene Summen abgegolten sein dürften. Die politische Unterstützung begann auf der Zusammenkunft der Regierungschefs der USA, Großbritanniens und der UdSSR in Teheran (28. November bis 1. Dezember 1943). Sie wurde in Jalta (4. bis 11. Februar 1945) fortgesetzt und in Potsdam (17. Juli bis 2. August 1945) durch die Unterzeichnung eines Abkommens gekrönt. Diese Konferenzen gaben der UdSSR, außer großen territorialen und wirtschaftlichen Gewinnen, die faktische Herrschaft über Ost- und Mitteleuropa sowie den größten Teil des Balkans. Später kam der beträchtliche Preis hinzu, den sich Stalin für seinen siebentägigen Krieg (8. bis 14. August 1945) gegen Japan zahlen ließ.

Die für die Sowjetunion so vorteilhaften wirtschaftlichen Folgen des Krieges dauern noch heute an. Der Westen wird hin und wieder durch unvorhergesehene Ereignisse auf sie aufmerksam gemacht, so durch den Selbstmord des SED-Planungschefs, Dr. Erich Apel. Dieser versuchte sich bis zuletzt dagegen zu wehren, daß sein Land Jahrzehnte nach dem Kriege noch Rohstoffe aus der UdSSR zu Weltmarktpreisen beziehen und veredelte Fertigware zu Vorzugspreisen, die vom Kreml bestimmt werden, nach Moskau liefern muß. Dieser Aderlaß, den man wohl richtiger als Kriegskontribution bezeichnet, kostet der deutschen Ostzone jährlich mehr als eine Milliarde Mark (die Weltpresse am 6. Dezember 1965).

Der Wunsch der Bolschewiken unserer Tage ist auf die Festigung ihrer noch nicht auf ganz festen Füßen stehenden Weltmacht gerichtet, um dann später die Weltherrschaft zu erreichen, die sie zu unzähligen Malen

als ihr Endziel so offen deklariert haben, daß darüber keinerlei Zweifel möglich sind. Die Schwäche der Bolschewiken ist ihr Wirtschaftssystem. Ihr ist nicht, wie die Stalin-Ära zeigt, mit der Knute beizukommen, sie läßt sich auch nicht durch weniger drastische Mittel aus der Welt schaffen, wie sie Chruschtschew in seinen zahllosen Umorganisationen und den damit verbundenen ständigen Neubesetzungen wichtiger Posten anwandte. Über die Schwierigkeiten der Bolschewiken hilft ihnen heute die — jetzt schon gesamte tonangebende — westliche Welt nach Kräften hinwegzukommen, sei es durch große, für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung in der UdSSR notwendige Lebensmittellieferungen, sei es durch kulturelle Abkommen, die der Sowjetunion teils als Tarnkappe, teils als Propagandamittel dienen, sei es durch Verleihung des Nobelpreises und anderer Auszeichnungen an linientreue Kommunisten, die als Hochachtung vor den Geistesarbeitern in der Arbeiterdiktatur und als Anerkennung ihrer von der Partei anbefohlenen literarischen Richtung aufgefaßt werden müssen.

Der Westen tut dies alles und noch mehr nicht etwa aus Menschenliebe (Weizenausfuhr), sondern in der festen Überzeugung, dadurch den Bolschewismus entschärfen und ihn zum mindesten für längere Zeit zum Weggenossen gewinnen zu können. Es handelt sich zum Teil um Bestechungsversuche, zum Teil um naive Liebesgaben, in allen Fällen um Fehlspekulationen, die der Osten durchschaut, von denen der Westen jedoch annimmt, sie seien ein Nonplusultra an politischer Weisheit. Der Osten empfängt den Segen, trotz einem leichten Prestigeverlust, um leichter über eine kritische Periode hinwegzukommen und sich für die «Endlösung der Kapitalistenfrage» ungestörter vorzubereiten. Sein Dank bleibt immer derselbe, ob es sich um Russen selbst, um Japaner, Deutsche, Amerikaner oder sonst wen handelt, wie er sich selbst immer treu bleibt, ganz gleich in welcher Gestalt er sich repräsentiert. Darin besteht ja seine größte Stärke.

Oskar Angelus

DESILLUSIONIERTE ENTWICKLUNGSHILFE

Durch einen heilsamen Schock wurden die Teilnehmer der letzten Unternehmertagung vom 18./19. November 1966 im Tagungs- und Studienzentrum Boldern aus möglicherweise noch vorhandenen Illusionen geschreckt. Das Thema der Tagung: «Die Herausforderung der Industrieländer durch die Entwicklungsländer» rückte die Erkenntnisse und Bedeutung der Weltkonferenz des Ökumenischen Rates «Kirche und Gesellschaft» vom vergangenen Juli in Genf ins Bewußtsein und beabsichtigte gleichzeitig, die Konsequenzen für die schweizerische Wirtschaft daraus zu ziehen.

Fräulein *Elisabeth Feller*, Horgen, berichtete anschaulich über das, *Was an der Genfer Konferenz für Kirche und Gesellschaft beeindruckte*. Als Vertreter eines afrikanischen Staates umriß Dr. *Louis Nwoku*, Nigeria-Zürich, *Soziale Postulate eines Entwicklungslandes*. In einem Gespräch mit Professor Dr. *Arthur Rich*, Zürich, wurde versucht, das Problem *Haben wir die soziale Frage den Entwicklungsländern zugeschoben?* zu erörtern. Dr. *Christian Gasser*, Biel, entwickelte in einem breit angelegten Referat seine Gedanken über *Die Herausforderung der Industrieländer*. Ein abschließendes Gespräch mit Pfarrer *Paul Frebner* suchte die unausweichliche *Verantwortung für die Welt* zu bestimmen.

Der Verlauf der Tagung wurde durch einen eigentlichen Ansturm ungelöster und unbequemer Fragen gekennzeichnet. Es wurde offenbar, daß wir, gemessen am Anspruch und an den Anforderungen, die uns eine realistische Sicht der Entwicklungshilfe abverlangen, in einem schwer zu lösenden Dilemma stehen: Einerseits erkennen wir die aktuelle Dringlichkeit wirksamer Hilfe, die allerdings nicht mit einer mißverständlichen philanthropischen Haltung verwechselt werden darf, andererseits müssen wir uns von der relativen Wirkungslosigkeit unserer Bemühungen überzeugen lassen. Hochgesteckte Erwartungen und Hilfsbereitschaft mischen sich mit Skepsis und Resignation — das ist im Rückblick auf diese Tagung zu sagen. Aber die Desillusionierung trug dazu

bei, die Größe der Aufgabe erst recht deutlich zu machen. Das war auch das Charakteristikum der Genfer Tagung, und es lag wohl in der klugen Absicht von Boldern, diese Beunruhigung nicht in voreiliger Selbsttäuschung ersticken zu lassen. In der gegenwärtigen Situation der Kirchen, in der die Verantwortung für die Welt unter völlig gewandelten Voraussetzungen wiederentdeckt wird, kommt solchen Impulsen ganz besonderes Gewicht zu. In unserem Lande ist der Schweizerische Kirchenbund bereits im Begriffe, sich mit der grundsätzlich neuen Fragestellung auseinanderzusetzen, und es bleibt nur zu hoffen, daß über diesen Kreis hinaus Gespräche geführt und Lösungen gefunden werden.

Die Referate an der Unternehmertagung auf Boldern konnten und wollten keine gewissermaßen enzyklopädisch geordneten Stichworte zu dieser Auseinandersetzung liefern; sie bezogen sich vor der offenbar gewordenen Problematik und Neuorientierung auf die unmittelbaren und starken Eindrücke, welche die Genfer Konferenz des Weltkirchenrates vermittelten. Es ist wohl kaum übertrieben, zu sagen, daß dieses Ereignis von überragender Bedeutung das Denken und Handeln unserer Gegenwart beeinflussen wird. Unsere geläufigen Ansichten wurden für einmal mit Tatsachen, nicht mit Meinungen konfrontiert; die bekannten politischen Perspektiven wurden durch die unnachgiebigen Argumentationen der Vertreter aus den Entwicklungsländern mehr als nur relativiert. Das zeigte sich deutlich in der Tatsache, daß das weltpolitische Kräftespiel nicht mehr von zwei homogenen Blöcken bestimmt wird, sondern mit Regeln der dritten Kraft der «Farbigen» erweitert und zugleich in Frage gestellt wird. Verblüfft und schockiert nahm man davon Kenntnis, daß sowohl die USA und Europa wie die UdSSR und ihr Einflußbereich in die Kritik miteinbezogen wurden. Der amerikanische Slogan «Wir wollen euch helfen, damit ihr euch selbst helfen könnt» stieß auf ebenso große Ablehnung wie der verbrämte politische Beeinflussungsversuch

kommunistischer Prägung. Es wurde nüchtern und sachlich gefordert: bessere Zölle, günstige Handelsvereinbarungen; aber es wurde nicht in der Pose des Bittstellers um Wohltätigkeit gefeilscht. Dieser Offenheit entsprachen das freimütige Eingeständnis und die bedrückende Sorge, den katastrophalen Auswirkungen der Korruption ausgeliefert zu sein.

Im Verlaufe der Referate und Gespräche zeigte es sich immer mehr, wie ungeheuerlich sich der Katalog von Problemen, Vorwürfen und Mißverständnissen vergrößerte. Es war denn auch völlig undenkbar, Ordnung in diese Vielfalt zu bringen. Einige Stichworte seien aber trotzdem erwähnt: Was, so wurde gefragt, wäre zu leisten, wenn Entwicklungshilfe bedeuten müßte, soziale Probleme lösen zu helfen? Dazu genügen Investitionen zu nichtkommerziellen Zinssätzen natürlich nicht. Als ein in der Zukunft zu verwirklichendes Modell wurde eine Weltwirtschaft entworfen, die in der Lage wäre, auf ihren Märkten Produkte der Entwicklungsländer zu Bedingungen aufzunehmen, die ihre Entwicklung auch tatsächlich fördern könnte. Selbstverständlich stießen diese und ähnliche Ausblicke auf den begründeten Widerstand der Praktiker, die der utopischen — und daher vielleicht sehr christlichen — Sicht gleich die Realität

weltwirtschaftlicher Preis- und Marktordnungen entgegenhielten.

Als weiteres Faktum wurde unser Agrarprotektionismus zur Sprache gebracht, der die Entwicklungsländer förmlich zur Industrialisierung zwingt und ihnen daher eine kontinuierliche Aufbaustrategie verunmöglich, sowie die Frage, ob nicht die erste Stufe der Veredelung von Rohprodukten an ihren Ursprungsort verlagert werden müßte. Sowohl die bestehende Zollstruktur wie die Tatsache des geringen Wertzuwachses verunmöglichen aber eine solche Entwicklung.

Dieser kurze Aufriß der behandelten Thematik mag zeigen, wie komplex der Fragebogen dieser Tagung war und welcher umfassenden Sachverstand er verlangte. Diese Einsicht rückte am Schluß der Aussprachen in das Bewußtsein aller Teilnehmer. Glücklicherweise verheißt das Programm von Boldern für den April dieses Jahres eine weitere, ausführlichere Tagung, welche die Arbeit weiterführen und vertiefen soll. Zugleich wird sie einen konkreten Schritt in der Richtung der im Jahre 1968 in Uppsala stattfindenden Weltkirchenkonferenz darstellen, an der über diese Fragen *verbindlich* diskutiert und beschlossen wird.

Carl Holenstein

QUERSCHNITT DURCH WIRTSCHAFTSZEITSCHRIFTEN

Im Text verwendete Abkürzungen: Arbeitgeber = Der Arbeitgeber, Zeitschrift der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. — Bär-Bericht = Wochenbericht des Bankhauses Julius Bär & Co., Zürich. — F+W = Finanz und Wirtschaft. — Industrie = Die Industrie, Offizielles Organ österreichischer Industrieller, Wien. — NZZ = Neue Zürcher Zeitung. — SAZ = Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung. — SHZ = Schweizerische Handelszeitung. — Wirtschaftliche Mitteilungen = Wirtschaftliche Mitteilungen der Zentrale

für Handelsförderung, Lausanne. — Wirtschaftsförderung = Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft.

Schweizerische Wirtschaft

Wirtschaftliche Entwicklung

Der Vorort des Schweiz. Handels- und Industrievereins veröffentlichte in gewohnter Weise seinen «Bericht über Handel und Industrie der Schweiz (1965)». Dieser gibt eine wertende Übersicht über die wichtig-

sten schweizerischen Wirtschaftsprobleme und die tatsächliche Entwicklung, gestützt durch ausführliche statistische Angaben; er gibt ferner Einblick in die hauptsächlichsten Sachgeschäfte auf nationaler und internationaler Ebene, mit denen sich dieser Spitzenverband im Geschäftsjahr 1965/66 zu befassen hatte.

Ergebnisse der nationalen Buchhaltung der Schweiz 1965, Die Volkswirtschaft, September 1966. Hugo Allemann: Wachstumsprobleme der schweizerischen Wirtschaft, Mitteilungsblatt der Delegierten für Arbeitsbeschaffung und wirtschaftliche Kriegsvorsorge, November 1966. Die Bauinvestitionen in der Schweiz, 1958 bis 1965, SAZ, 13. 10. 66. Der Einfluß der Staats-tätigkeit auf den Konjunkturverlauf, Bulletin des Schweiz. Bankvereins, Nr. 4/1966. Konjunktur- und Wachstumsfragen aus der Sicht des Bundes, Interview mit Hugo Allemann, Delegierter für Konjunkturfragen, Betriebsführung, November 1966. Preisstabilisierung gilt nicht für den Staat!? Schweiz. Gewerbe-Zeitung, 9. 9. 66. Ergebnisse der Fabrikstatistik 1929 und 1965 nach Gemeinden, Die Volkswirtschaft, Oktober 1966. Alfred Boßhardt: Außenhandel und Außenwirtschaftspolitik der Schweiz (Betrachtungen zur Außenwirtschaftspolitik), Außenwirtschaft, September 1966.

Verschiedene Artikel befassen sich mit der Situation und der Entwicklung des Arbeitsmarktes. Die ausländischen Arbeitskräfte in der Schweiz, Dokumentations- und Pressedienst der Wirtschaftsförderung, 24. 10. 66. Bestand der kontrollpflichtigen ausländischen Arbeitskräfte im August 1966, Die Volkswirtschaft, Oktober 1966. Perspektiven des schweizerischen Arbeitsmarktes, SAZ, 8. 12. 66. Hugo Allemann: Mutmaßliche Auswirkungen einer Lockerung oder Aufhebung des Gesamtbelegschafts-plafonds auf die branchenweise und regionale Verteilung der Arbeitskräfte, Mitteilungsblatt der Delegierten für Arbeitsbeschaffung und wirtschaftliche Kriegsvorsorge, November 1966. Prognose der Berufstätigen in der Schweiz (div. Autoren), Schweiz. Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, September/Dezember 1966.

Einzelne Wirtschaftssektoren

Die Agrarpolitische Revue widmet das Doppelheft September/Oktober 1966 den Problemen der Milchwirtschaft; in einer Reihe von Artikeln behandeln Fachleute die verschiedenen Aspekte dieses Wirtschaftszweiges. Die Zahl der Landwirtschaftsbetriebe nach Kantonen, Provisorische Ergebnisse der eidg. Betriebszählung, Die Volkswirtschaft, November 1966. Agrarpolitik und Sozialpolitik, Bär-Bericht, 3. 11. 66. Emil Anderegg: Das Gewerbe und die Wissenschaft, Schweiz. Gewerbe-Zeitung, 21. 10. 66. Otto Fischer: Unternehmer-schulung im Gewerbe, Schweiz. Gewerbe-Zeitung, 4. 11. 66. René E. Hatt: Es fehlt eine schweizerische Wohnbaukonzeption, SHZ, 8. 12. 66. Marketing in der Textilwirtschaft — Chancen für die Zukunft (Bericht über eine Fachtagung), SHZ, 8. 9. 66. Bruno Aemisegger: Produktion und Marketing in der Textilwirtschaft, SHZ, 10. 11. 66. A. Nydegger: Möglichkeiten und Grenzen einer Energieplanung für die Schweiz, SHZ, 17. 11. 66. F. Wanner: Energie als Schicksalsfrage — Die realen Grundlagen der schweizerischen Energiewirtschaft, F+W, 12. 11. 66. Ch. Aeschmann: Elektrizitätswirtschaft braucht Kapazitätsreserve, SHZ, 17. 11. 66. W. Hunzinger: Gasversorgung mit neuen Voraussetzungen, SHZ, 17. 11. 66. René Frey: L'industrie des machines: la recherche et le développement, SAZ, 8. 9. 66. Les applications des horloges atomiques, La Suisse horlogère, 3. 11. 66.

Banken und Finanzen

Im Berichtsabschnitt wurde die Diskussion um die Einführung neuer Notenbankkompetenzen weitergeführt. Die NZZ schloß ihre Artikelserie ab (vgl. Schweizer Monatshefte, Oktober 1966) mit Hugo Sieber: Liberale Mißverständnisse, Nr. 3889 vom 15. 9. 66; F. Aschinger: Zum Abschluß der ersten Diskussionsrunde, Nr. 4049 vom 25. 9. 66. Notenbankinstrumentarium und Bundesverfassung, Dokumentations- und Pressedienst der Wirtschaftsförderung, 26. 9. 66. Ausbau des Instrumentariums der Schwei-

zerischen Nationalbank, SAZ, 17. 11. 66. Alfred Boßhardt: Der Kampf gegen die Inflation und der Ausbau des schweizerischen Notenbank-Instrumentariums, Außenwirtschaft, September 1966. Paul Eisenring: Das Instrumentarium der Nationalbank im politischen Feld, SHZ, Bankiertagung-Sondernummer vom 24. 9. 66. Das Gewerbe zum Instrumentarium der Nationalbank (Wortlaut der von der Schweiz. Gewerkekammer genehmigten Eingabe), Schweiz. Gewerbe-Zeitung, 9. 9. 66. Otto Fischer: Das Gewerbe zum Nationalbank-Instrumentarium, Schweiz. Gewerbe-Zeitung, 28. 10. 66.

Der Jöhr-Bericht über die langfristigen Schätzungen der Einnahmen und Ausgaben des Bundes sowie die defizitäre Finanzentwicklung des Bundes und der Kantone gaben Anlaß zu zahlreichen Kommentaren, darunter: Die Grundlagen einer langfristigen Finanzplanung des Bundes, Dokumentations- und Pressedienst der Wirtschaftsförderung, 19. 9. 66. Jöhr-Bericht — mit Vorsicht zu genießen: Anmerkungen zur langfristigen Finanzplanung in der Schweiz, F+W, 10. 9. 66. Die Voranschläge der Kantone für 1967, Dokumentations- und Pressedienst der Wirtschaftsförderung, 28. 11. 66. Die Entwicklung der Staatsausgaben unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten, Dokumentations- und Pressedienst der Wirtschaftsförderung, 31. 10. 66. Markus Redli: Institutionelle Sparhilfen für den Bundeshaushalt? SHZ, Bankiertagung-Sondernummer vom 24. 9. 66. Finanzen und Steuern von Bund, Kantonen und Gemeinden 1964/65, Dokumentations- und Pressedienst der Wirtschaftsförderung, 17. 10. 66. Die öffentlichen Finanzen und die ausländischen Arbeitskräfte, SAZ, 10. 11. 66. Heinz Weidmann: Das Steuer-Gefälle in der Schweiz, Steuer-Revue, September 1966. Hans Gerber: Handelsverzerrungen durch Umsatzsteuerausgleichspraxis, Steuer-Revue, Oktober 1966. Warenumsatzsteuer und Lastenverteilung, Dokumentations- und Pressedienst der Wirtschaftsförderung, 26. 9. 66. Hans Gerber: 25 Jahre schweizerische Umsatzsteuer, Orientierungen der Schweiz. Volksbank, Oktober 1966.

Bedenkliche Neuerungen auf dem Gebiete der Doppelbesteuerungsabkommen, Wirtschaftsnotizen der Schweiz. Bankgesellschaft, Dezember 1966. Heinz Portmann: Eine Lücke im Bankengesetz (Fragwürdige Mittelbeschaffung gewisser Finanzgesellschaften), NZZ, Nr. 4271 vom 8. 10. 66. A. Theus: Wie sieht die Praxis der Amortisationshypotheken aus? R. Lang: Pflege des Kapitalmarktes; J. Sulzer: Der Kleinkredit aus der Sicht der Großbank; K. Schneider: Die Stellung der Schweiz im internationalen Emissionsgeschäft; alle vier Artikel in SHZ, Bankiertagung-Sondernummer vom 24. 9. 66. Über das schweizerische Bankgeheimnis, Vierteljahresbericht der Schweiz. Kreditanstalt, Nr. 3/1966. E. G. Renk: Die Zukunft der schweizerischen Anlagefonds, SHZ, Bankiertagung-Sondernummer vom 24. 9. 66. Bankgesellschaft übernimmt Interhandel, F+W, 10. 9. 66. Alfred Isler: Glück für Aktionäre — Bankgesellschaft mit 1 Milliarde Eigenmitteln, F+W, 14. 9. 66. Was bedeutet «berichtigen»? Börsenbrief der Schweiz. Kreditanstalt, Anfang Dezember 1966. Die Dividendenpolitik der schweizerischen Aktiengesellschaften, Bulletin des Schweiz. Bankvereins, Nr. 4, 1966. Die Börsen im Jahre 1966, Bär-Bericht, 8. 12. 66.

Sozialpolitik und Probleme der Unternehmung

Die F+W läßt in einer Reihe von Beiträgen die Frage einer Revision des Aktienrechts untersuchen, namentlich im Hinblick auf den Ausbau der Rechte des Aktionärs im Sinne einer vermehrten Publizitätspflicht der Gesellschaften. Walther Hug: Gegengewichte zur Verwaltung schaffen; E. Kober: Publizität ist nur eine «heilige Kuh», beides 23. 11. 66. Max Brunner: Zurückhaltung aus juristischen Gründen; Th. Faist: Angst vor «unglücklicher Reglementiererei», beides 3. 12. 66. Felix Amrein: Publizität kein Heilmittel für die Börse, 10. 12. 66. Charles André Junod: L'insuffisance notoire de l'information, 14. 12. 66.

Giacomo Bernasconi: Sozialpolitik in gewerkschaftlicher Sicht; Ernst Wüthrich: Die Gewerkschaften im sozialen Spannungsbogen

feld, beides in Gewerkschaftliche Rundschau, November 1966. Ed. Eichholzer: Zur Charakteristik des schweizerischen Arbeitsrechts, Gewerkschaftliche Rundschau, Oktober 1966. Revision der Invalidenversicherung, Dokumentations- und Pressedienst der Wirtschaftsförderung, 3. 10. 66. La Révision de l'assurance invalidité, SAZ, 27. 10. 66. H. Kunz: Ist die Industrie seelen- und bildungsfeindlich? SAZ, 20. 10. 66. Roland Scheuchzer: Rationalisierung durch Kooperation, Wirtschaftspolitische Mitteilungen der Wirtschaftsförderung, Oktober 1966. H. Ulrich: Bildung und Ausbildung des Unternehmernachwuchses, SAZ, 22. 9. 66. A. von Gunten: Le climat de travail dans l'entreprise, SAZ, 22. 9. 66. H. Suter: Gedanken zur Betreuung, Assimilierung und Integration der ausländischen Arbeitskräfte, SAZ, 24. 11. 66. Gewinnerorientierte Lohnpolitik, Bär-Bericht, 22. 9. 66. A. Falbriard: Die Betriebsberatung im Dienste der Klein- und Mittelbetriebe, Gewerbliche Rundschau, September 1966. Zum Phänomen der Marktsättigung, Bär-Bericht, 8. 9. 66. Zu hoch gesteckte Globe Air-Ziele? F+W, 7. 12. 66. In einer Sondernummer (September 1966) der «Betriebsführung» werden anhand verschiedener Artikel Betriebsprobleme der SBB dargelegt.

Diverses

Der Gesetzesentwurf über die Einführung einer Investitionsrisikogarantie des Bundes hat zustimmende, zum Teil auch kritische Reaktionen ausgelöst: Schaffung einer Investitionsrisikogarantie, Dokumentations- und Pressedienst der Wirtschaftsförderung, 17. 10. 66. Th. Faist: Neue Finanzierungswege für Entwicklungshilfe (Zum Entwurf einer Investitionsrisikogarantie), SHZ, 20. 10. 66. Heinz Portmann: Das Projekt einer Investitionsrisikogarantie, NZZ, Nr. 4522 vom 22. 10. 66. — Ernst Schwarb erläutert in der SAZ vom 8. 9. 66 unter dem Titel «Ein neuer Verständigungsindex» den neuen Index der Konsumentenpreise. Fritz Marbach: Rund um Kaufkraft und Index, Orientierungen der Schweiz. Volksbank, September 1966. Benno Hardmeier: Revi-

sion des Landesindex der Konsumentenpreise, Gewerkschaftliche Rundschau, September 1966. Erich Plapp: Der deutsche Markt und das Schweizer Produkt, Wirtschaftliche Mitteilungen, 28. 9. 3. 10. und 12. 10. 66. A. Weitnauer: Entwicklungstendenzen des Außenhandels Schweiz-USA, SHZ, 29. 9. 66. Otto Leonhardt: Auswirkungen der unterschiedlichen Zollbelastung EWG/EFTA auf den schweizerischen Export in die Bundesrepublik Deutschland, Deutschland-Schweiz / Schweiz-Deutschland, Organ der Handelskammer Deutschland-Schweiz, Oktober 1966. F. Halm: Comment la Suisse assure-t-elle son approvisionnement? Revue économique et sociale, Oktober 1966. A. Dubois: Optimale Nutzung des Angebotes an Arbeitskräften, SAZ, 8. 12. 66. Charles Tavel: La recherche d'innovation et son soutien par l'Etat, Revue économique et sociale, Oktober 1966. Leo Fromer: Publikums- und Familien-AG trennen! F+W, 19. 10. 66. Neuzulassungen von Automobilen und Motorrädern im 1. Halbjahr 1966 und geschätzter Motorfahrzeugbestand am 30. September 1966, Die Volkswirtschaft, Oktober 1966.

Ausländische Volkswirtschaften

Westeuropa und die USA

Über Probleme der Exportförderung veröffentlicht der Wirtschaftsdienst Hamburg vom Oktober 1966 Interviews mit Ministerialdirektor Günther Keiser, Bonn, Fritz Berg, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, und mit Antigono Donati, Präsident des italienischen Außenhandelsinstituts, Rom. Pierre Dieterlen: La politique agricole commune, chance ou malchance de l'Europe? Außenwirtschaft, September 1966. David Robertson: Auswirkungen des EFTA-Zollabbaus auf die Preise, EFTA-Bulletin, November 1966. Hartmut Berg: Auf dem Wege zu einer mittelfristigen Wirtschaftspolitik der EWG, Wirtschaftsdienst Hamburg, September 1966. Walter Schlotfeld: Prognosen aus Brüssel — Zum mittelfristigen Wirtschaftsprogramm

der EWG, Arbeitgeber, 5. 9. 66. Jürgen Drenkhahn: EWG-Verkehrspolitik im Wartesaal? Wirtschaftsdienst Hamburg, November 1966. Anthony Tucker: Technologie — Schlüssel zum britischen EWG-Beitritt? Industrie, 9. 12. 66.

Deutschland und USA. Friedrich Lemmer: Die deutsche Stahlindustrie kämpft um ihre Zukunft, Industrie, 23. 9. 66. Walter Huppert: Das Wachstum der Elektroindustrie von 1950—1965, Eine Trend- und Strukturanalyse, Wirtschaftsdienst Hamburg, Oktober 1966. Bernhard Tacke: Neue Wege in der Tarifpolitik? Gewerkschaftliche Monatshefte, Oktober 1966. Probleme der deutschen Privatinvestitionen in Entwicklungsländern, Wirtschaftsdienst Hamburg, Oktober 1966. Struktur und Rendite am Kapitalmarkt zeigen Spuren des übersteigerten Wachstumsdenkens der ersten Wiederaufbauphase nach dem Kriege; Helmut Theiß: Anomalien des deutschen Kapitalmarktes; beides in Wirtschafts- und Investment-Digest, Bad Wörishofen, 10. 12. 66. — Die September-Ausgabe der Publikation der Schweiz. Volksbank «Aktuelles von Börse und Wirtschaft» enthält einen mit Zahlen dokumentierten Überblick über die größten amerikanischen Industrieunternehmen. Robert J. Lerner: Ownership and Control in the 200 Largest Nonfinancial [American] Corporations, 1929 and 1963, American Economic Review, September 1966. Wie wurde die amerikanische Hochkonjunktur finanziert? SHZ, 20. 10. 66.

Diverse. Alfred Frisch: Experimente mit Gewinnbeteiligung in Frankreich, Industrie, 16. 9. 66. Werner F. Koeng: Neue Formen der Staatswirtschaft in Frankreich, SAZ, 15. 9. 66. Alfred Frisch: Der Staat als industrielle Antriebskraft in Frankreich, Wirtschaftsdienst Hamburg, November 1966. Italy's Cautious Reflation, Economist, 10. 9. 66. Die größten Italiener: Die bedeutendsten Industrieunternehmen nach Umsatz und Beschäftigtenzahl, F+W, 10. 12. 66. Torsten Carlsson: Sparmangel und Kreditpolitik, Skandinaviska Banken, Vierteljahresbericht Nr. 3/1966. Roland Nitsche: Österreich zwischen EFTA und EWG, Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik,

November 1966. Die Exportförderung in Österreich, EFTA-Bulletin, November 1966. Die Wirtschaftlichen Mitteilungen vom 7. 9. 66 geben einen Überblick über Struktur und Entwicklung der finnischen Wirtschaft sowie den Handelsverkehr Schweiz-Finnland. Die Außenhandelsbeilage der SHZ vom 8. 9. 66 bringt verschiedene Beiträge, meist finnischer Autoren, über die Wirtschaft Finnlands. Finnland — Ausblick auf ein besseres Wirtschaftsjahr 1967, Wirtschaftliche Mitteilungen, 12. 10. 66. Grèce: Acension économique lente mais constante, Wirtschaftliche Mitteilungen, 14. 9. 66.

Osteuropa

Maria-Elisabeth Ruban: Die sowjetische Uhrenindustrie; Marshall I. Goldman: Soviet Foreign Aid — Successes and Shortcomings; beides in Osteuropa-Wirtschaft, September 1966. Peter Knirsch: Stand, Probleme und Entwicklungstendenzen der Sowjetwirtschaft, Osteuropa, Juli/August 1966. Hans Gabriel: Theoretische Aspekte der sowjetischen Wirtschaftsreform, Osteuropa-Wirtschaft, September 1966. Eberhard Starosta: Wachstum ohne Wohlstand in der DDR, Arbeitgeber, 5. 9. 66. Karl-Ernst Schenk: Verbesserte wirtschaftliche Planung in der DDR, Wirtschaftsdienst Hamburg, September 1966. Béla Csikós-Nagy: Die ungarische Preisreform, Osteuropa-Wirtschaft, September 1966. Jugoslawien: Ein Jahr nach der Wirtschaftsreform, Wirtschaftliche Mitteilungen, 7. 9. 66. Jugoslawien: Die neuen Außenhandelsgesetze treten in Kraft, Wirtschaftliche Mitteilungen, 9. 11. 66.

Übrige Gebiete

Die Wirtschaftlichen Mitteilungen vom 7. 9. 66 publizieren eine Analyse der wirtschaftlichen Situation Pakistans zu Beginn des dritten Fünfjahrplanes. India Plans for Survival, Economist, 24. 9. 66. Jörn C. Fitter: Wachsende Schwierigkeiten für Chiles Wirtschafts- und Sozialreform, Wirtschaftsdienst Hamburg, Oktober 1966. H. W. Arndt und J. Panglaykim: Die wirtschaft-

liche Lage Indonesiens 1966, Wirtschaftsdienst Hamburg, September 1966.

Internationale Wirtschaftsprobleme

Verschiedene Artikel befassen sich mit der Reform des internationalen Währungssystems. Liquidity: in 1968? in 1978? Economist, 1. 10. 66. Werner F. Koeng: Frankreich formiert Europas Währungsfront, F+W, 24. 9. 66. Franz Aschinger: Der Bau einer internationalen Geldmaschine, NZZ, 3. 10. 66. Die internationalen Finanzprobleme bestehen weiter, Bär-Bericht, 27. 10. 66. Frédéric Boyer de la Giroday: Flexible Wechselkurse und Gemeinsamer Markt, Wirtschaftsdienst Hamburg, Nov. 1966. — The Year of the Squeeze, Artikelserie über die Entwicklung der Geldwirtschaft und über Bank- und Kreditprobleme in verschiedenen Ländern, Economist, 26. 11. 66. Heinz Portmann: Entwicklungstendenzen am europäischen Kapitalmarkt, NZZ, Nr. 5491 vom 17. 12. und Nr. 5517 vom 19. 12. 66. Jacques Ittensohn: Europäische Anleihen amerikanischer Gesellschaften, Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 15. 9. 66. Internationaler Zinsvergleich, Wirtschaftsnotizen der Schweiz. Bankgesellschaft, November 1966. Bankhaus Gebr. Schröder & Co.: Sind amerikanische Aktien besser als europäische? Wirtschafts- und Investment-Digest, Bad Wörishofen, 10. 10. 66.

Hans Bachmann: Weltwirtschaft (Betrachtungen zur Außenwirtschaftspolitik), Außenwirtschaft, September 1966. Andreas J. Frings: Zunehmende Unsicherheit der internationalen Konjunktur, SAZ, 1. 12. 66. Neue Agrarpolitik durch die Kennedy-Runde? Gemeinsame Regeln für die Agrarpolitik der GATT-Partner, Interview mit Sicco L. Mansholt, Vizepräsident der EWG-Kommission, Wirtschaftsdienst Hamburg, November 1966. Imre Vajda: Wirtschaftswachstum und internationale Arbeitsteilung, KYKLOS, Nr. 4/1966. C. R. Fletcher: The Commonwealth Economic Committee, International Trade Forum (GATT) Supplement, August 1966. Wilhelm Bickel stellt

im Septemberheft der Gewerkschaftlichen Rundschau unter dem Titel «Die Bevölkerungsgesetze von Thomas Robert Malthus» kritische Betrachtungen an über die Anwendung vereinfachender Schemata in bezug auf die künftige Entwicklung der Weltbevölkerung. Erich Klinkmüller: Gemeinsamkeiten und Unterschiede der wirtschaftlichen Integration in West- und Osteuropa, Europa-Archiv, 25. 8. 66. John H. Adler: Qu'avons-nous appris en matière de développement? Finances et Développement, September 1966 (publiziert vom Internationalen Währungsfonds). Grundprobleme des Osthandels, Bär-Bericht, 20. 10. 66. Pierre Sevette: L'avenir de l'énergie en Europe, ECE-Nouvelles, Oktober 1966. Middle East Oil: Higher Stakes, Economist, 26. 11. 66.

Allgemeine Wirtschaftsfragen

Probleme der Unternehmung

E. von Moos: Leitsätze zur Personalpolitik, SAZ, 15. 9. 66. Jochen Wistinghausen: Führungskräfte im Spannungsfeld des Strukturwandels, Arbeitgeber, 20. 10. 66. E. von Moos: Soziologische und organisatorische Aspekte der Führung, SAZ, 3. 11. 66. S. Hutt: Das gute Betriebsklima und seine Förderung, Internationales Gewerbearchiv, September 1966. Heinz Voigtländer: Aufwand ohne Reue — Ein Überblick über die Methoden der Arbeitsbewertung; Reinhold Helm: Grundsätze der Prämienentlohnung; beides in Arbeitgeber, 20. 9. 66. Günter Köpke: 14 Thesen zur wirtschaftlichen Mitbestimmung, Gewerkschaftliche Monatshefte, September 1966. Roland Scheuchzer: Integrierte Registratur- und Informationstechnik; J. A. Stäuble: Informationssysteme in der öffentlichen Verwaltung; beides in Betriebsführung, August und Oktober 1966. Karl-Heinz Strothmann: Das Informations- und Entscheidungsverhalten industrieller Einkäufer, Wirtschaftsdienst Hamburg, Oktober 1966. Elektronik im Einsatz: Datenverarbeitung für Klein- und Mittelbetriebe, Schweiz. Gewerbe-Zeitung, 4. 11. 66. F.

Martin: Einkaufs- und Lageroptimierung sowie ihre Überwachung mit Hilfe elektronisch ausgedruckter Führungsunterlagen, SAZ, 27. 10. und 3. 11. 66. Erich Geyer: Industrial Design im Markt und in der Unternehmung, Industrie, 7. 10. 66. Kenn Rogers: Die Krisis des Marktforschers, Wirtschaftsdienst Hamburg, Nov. 1966. Anwendungen der statistischen Qualitätskontrolle im Betrieb, Industrie, 18. 11. 66. Edmond Tondeur: Public Relations als Daueraufgabe, SHZ, 13. 10. 66.

Diverses

Gerhard Colm: Fiscal Policy Innovations in Relation to Economic Growth, KYKLOS, Nr. 4/1966. Jean-Pierre Blancpain: Wirtschaftliche Aspekte der atlantischen Partnerschaft (Die amerikanischen Investitionen in Europa), NZZ, Nr. 4398, 4445, 4507 vom 15., 18. und 21. 10. 66. Klaus-Heinrich Standtke: Die Amerikaner in Europa — Konzentration der Investitionen auf die Wachstumsindustrien, Arbeitgeber, 5. 11. 66. Auphan Andic und Alan Peacock: Fiscal Surveys and Economic Development, KYKLOS, Nr. 4/1966. Eignet sich das

russische Wachstumsmodell für die Entwicklungsländer? Bär-Bericht, 29. 9. 66. Hans Christoph Binswanger: Die dynamische Bedeutung des Geldes für die Marktwirtschaft — Ein Vergleich zur kommunistischen Planwirtschaft, Außenwirtschaft, September 1966. Bertrand de Jouvenel: Sur la stratégie prospective de l'économie sociale; Prognose der Verbrauchsentwicklung (diverse Autoren); beides in Schweiz. Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, September/Dezember 1966. Joachim Degner: Spärschutz durch Geldwertklauseln? Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 15. 10. 66. Jacques Ittensohn: Finanzanalyse hängt in der Luft — Keine Vergleiche ohne Standardisierung, F+W, 21. 9. 66. Ernst Hujeczek: Die Dienste der Factorbanken in Europa, Wirtschafts- und Investment-Digest, Bad Wörishofen, 10. 10. 66. Hugo Michlig: «Mutual Funds» unter der Lupe, F+W, 19. 11. 66. Thomas Wolf: Entwicklungen im Computerbau — Neue Waffen im Kampf um neue Märkte, SHZ, 29. 9. 66.

(Abgeschlossen Mitte Dezember.)

Rudolf Frei